

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 16. September 1891.

Expedition: Benth-Strasse 3.

Auch eine Gewerkschaft.

Zu Anfang dieser Woche tagte hier die Generalversammlung des deutschen Schriftsteller-Bundes. Die Organisation dieses Berufsweiges, der ein so zahlreiches Proletariat enthält, ist erst in der Entwicklung begriffen und hat dementsprechend auf die Zustände in der literarischen Welt nur wenig einwirken können. Daß der Einfluß dieses Verbandes ein so geringer ist, das liegt weder in seinen Einrichtungen, noch in der Art, wie seine Angelegenheiten verwaltet werden. Die Ursache der Einflußlosigkeit ist vielmehr zu suchen in der in der Schriftstellerei vorhandenen Verfahrensweise und in dem erschreckenden Mangel an Solidaritätsgefühl, der in diesem Berufszweige vorherrscht. Auch macht sich die alte Misere geltend, daß unter den Schriftstellern wenig praktischer Sinn vorhanden ist. Man versteht überall vortrefflich zu kritisieren, aber mit der Fähigkeit zum positiven Schaffen von nützlichen Einrichtungen für die Gesamtheit da sieht es ziemlich schlimm aus. Wandern darf man sich darüber nicht, denn die deutschen Schriftsteller müssen erst lernen, sich um ihre eigenen Angelegenheiten zu kümmern. Bisher haben sie sich nur um die Angelegenheiten Anderer kümmern.

Und dennoch wäre es notwendig, daß eine kräftige Organisation des Schriftstellertums in Deutschland existierte, denn sie ist das einzige Mittel, das literarische Glanz, das ein Zeichen unserer Zeit ist, mit Erfolg zu bekämpfen. Man klagt mit Recht darüber, daß ein großer Teil der deutschen Schriftsteller abhängig ist und nur so schreibt, wie er bezahlt wird, sich also einer eigenen Weltanschauung und Bestimmung längst entäußert hat. Das kommt nicht etwa daher, daß die Schriftsteller aus schlechterem Stoff sind, als andere Menschen, sondern es ist eine der demoralisierenden und korrumpierenden Wirkungen des Kapitalismus. Die Ausbeutung der Arbeitskraft hat in der literarischen Welt eine Höhe erreicht, von der sich nur derjenige einen Begriff machen kann, der sich mitten drin bewegt. Das Wort des kommunistischen Manifests: „Die Bourgeoisie hat den Arzt, den Juristen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt.“ trifft in seinem ganzen Umfange zu. In keiner anderen Sphäre zeigt sich die Natur des Kapitalismus so roh und so kulturwidrig, wie gerade in der literarischen Welt. Hier wird der Geist

völlig in Bande geschlagen; der geistigen Entwicklung wird durch den größten Materialismus Halt geboten, und die fähigsten Köpfe müssen ihre Gedankenarbeit den niedrigsten Geldsacks-Interessen anpassen.

Es geht den Schriftstellern wie den Mäntelnäherinnen, Blumenmacherinnen und anderen Proletarierkategorien. Eine Menge von Töchtern wohlhabender oder wenigstens mit erträglichem Einkommen versehenen Familien nähren Mäntel oder machen Blumen oder verfertigen Stidereien, um sich gelegentlich von dem Ertrag dieser Arbeit einen neuen Hut oder ein Ballkleid anschaffen zu können. Da sie um jeden Lohn arbeiten, so sinkt der Preis der Arbeit in dieser Branche derart, daß die armen Mädchen, die davon leben sollen, der langsamen Verhungering überliefert sind. Diese schmachliche Konkurrenz ist in der literarischen Welt noch in weit höherem Maße vorhanden. Ein Schwarm von pensionierten Offizieren, Zivilbeamten, Offiziers- und Beamtentöchtern, adeligen und nichtadeligen, sonst wohlverordneten alten Jungfern überschüttet die Verleger mit einer Fluth von minderwertigen literarischen Produkten und ist froh, dieselben nur gedruckt zu sehen, oder ist mit einem Butterbrot als Belohnung zufrieden. Mit dieser „Reserve-Armee“ haben die Kapitalisten im Buchhandel leichtes Spiel. Darum sehen sie auch so protzig auf die Schriftsteller hinab. Als vor einiger Zeit die Verleger angegangen wurden, für die zu gründende Altersversorgung der deutschen Schriftsteller Beiträge zu zeichnen, da zeichnete eins der größten Verlagsgeschäfte 1000 M. Dasselbe Geschäft hat nachweislich einen jährlichen Reingewinn von einer Million Mark gemacht, einen Gewinn, der doch zum größten Teil oder fast ganz den Schriftstellern zu danken ist. Die deutschen Schriftsteller werden durch diese Thatsache einigermaßen über die Natur des kapitalistischen Betriebs belehrt worden sein. Die Sozialdemokratie hat sich über die Stellung unserer Unternehmer zu sogenannten Wohlfahrts-Einrichtungen niemals einer Täuschung hingeeben.

Das „Schriftsteller-Glend“ liegt also nicht da, wo man es gewöhnlich sucht, sondern es entspringt der kapitalistischen Ausbeutung der Arbeitskraft und dem Mangel an Solidaritätsgefühl und Organisation unter den Schriftstellern selber. Die Schriftsteller werden es den Arbeitern nachthun müssen, wenn sie als Korporation zu einer Bedeutung gelangen wollen. Dazu ist aber vor Allem nöthig, daß die Herren Schriftsteller den Geist der sozialen Ueberhebung ablegen und sich nicht länger der Einsicht verschließen, daß auch sie, die Proletarier der Feder, auf der großen Stufenleiter der sozialen Knechtung genau so wie die anderen Proletarier

Frohndienste leisten müssen, wenn auch anscheinend auf einer höheren Sprosse — kurz, daß sie ebenso Lohnslaven sind, wie alle anderen Arbeiter und daher mit allen übrigen Arbeitern gemeinsame Interessen haben, die sie auch gemeinsam betheiligen müssen.

Heute kann nicht von einer freien Geistes-thätigkeit die Rede sein, die unsere literarischen Verhältnisse vorwärts bringt, sondern der größte Theil der Literatur wird von den Kapitalisten im Buchhandel unter einer Zensur gehalten, die schlimmer ist als die Zensur unter Metternich. Die Buchhändler bestimmen, was das Publikum lesen soll, und nicht die Schriftsteller.

Unter der Herrschaft des Kapitalismus kann es keine Literaturblüthe geben und man wird vergebens auf ein neues klassisches Stadium der Literatur warten. Dies kann erst kommen, wenn der Kapitalismus nicht mehr herrscht.

Wenn nun irgend ein armer Schächer meint, wir wollten mit diesen Ausführungen die Schriftsteller „verhexen“ — und solche Aeußerungen werden nicht ausbleiben — so wird das nur beweisen, daß die literarischen Sklaven auf Befehl ihrer Herren sogar gegen ihre eigensten Interessen schreiben müssen.

Aus Frankreich.

Paris, 10. September.

Der Anstoß, welchen die gewerkschaftliche Bewegung durch die Manifestation des 1. Mai erhalten hat, übertrifft alle Erwartungen. Seit vier Monaten organisierten sich in Paris unter kräftiger Betheiligung die Arbeiter und Angestellten der Omnibusse und Pferdebahnen, der Eisenbahnen, die Schiffs-Angestellten, die Ladendiener der Spezerei- und Wurstgeschäfte, die Uhrmacher- und Bijouterie-Arbeiter, die Angestellten der Begräbnis-Gesellschaften und die Schreiber.

Seit dem Brüsseler Kongreß haben sich zwei neue Syndikate konstituiert. Das eine, bestehend aus 12 000 Mitgliedern, umfaßt die bei den städtischen Anpflanzungen und Bauten, und bei der Straßenreinigung und Straßenreinigung beschäftigten männlichen und weiblichen Arbeiter. Diese Organisation hat den ausgesprochenen Zweck, Reformen zu verlangen, welche die vollständige Vereinigung der Arbeit herbeiführen. Das andere Syndikat, das der in der Quincaillerie-Industrie Beschäftigten, hat für die nächsten Kämpfe sofort die Gründung einer Widerstandsklasse mit einem Fonds für die Zeit der Arbeitslosigkeit in Angriff genommen.

Die Handlungsgehilfen, die, weil sie einen besseren Noth tragen, sich bis jetzt immer geweigert hatten, mit den Arbeitern gemeinsame Sache zu machen, ja die sie oft bekämpften, sind sich jetzt darüber klar, daß sie durch ihre schlecht angebrachte Stellung die Rolle der Betrogenen spielen. Sie leiden unter denselben Uebeln, wie das ganze Proletariat, und auch sie haben jetzt sich zum

die Angst hatten bei ihm über das nervöse Zittern, welches ihn schüttelte, die Oberhand erlangt, er wollte das wissen.

— Sprich, sage, was Du geschrieben hast; welches sind die Vorsichtsmaßregeln, die Du ergriffen hast?

— Ich habe Ihnen bereits vor einigen Monaten erklärt, daß ich Ursache zur Nothe habe. Aber ich weiß, daß Ihre Ideen Sie beherrschen und daß Sie ihnen Alles ohne jede Berechnung zum Opfer bringen würden.

Ich will leben und ruhig sein, bis ich mein Ziel erreicht habe . . . nachher, was liegt mir daran?

Ich kenne Ihr Leben, Ihre Vergangenheit.

Deshommes unterdrückte ein dumpfes Brüllen, seine Hände zuckten und sein Gesicht sonst gallig, ward bössartiger, schrecklicher als je.

— Verlieren wir keine Zeit, fuhr der Agent pflegmatisch fort, ich habe es eilig.

Charlotte ist nicht Ihre Tochter.

Deshommes stieß einen Verzweiflungsschrei aus. Nein, sie ist nicht Ihre Tochter. Ich weiß wer ihre Mutter ist; ich kenne ihren Vater.

Und dies eben ist jene Geschichte, welche ich niedergeschrieben habe und die, falls ich heute Abend nicht heimlehre, Ihrer Charlotte zugestellt werden wird, welche Sie andeten, und welche Sie für ihren Vater hält.

Deshommes war wie leblos an der Schwelle des Thores niedergesunken. Er meinte jetzt wie ein Kind, während Collard sich mit kurzen Schritten entfernte, ohne den Kopf umzuwenden, und sich bald in die düstere Nacht der Rue de la Bucherie verlor.

V.

Als Deshommes gekommen war, um die kleine Wohnung in der Straße Julien le Pauvre, welche er inne hatte, zu mieten und dann Besitz genommen hatte von der dunklen

Revue.

Kochbuch verboten.)

Er kehrt zurück!

Originalroman von Jean Meroz.

Deshommes antwortete nicht, sondern begnügte sich mit einem neuen Kopfnicken.

Nun wohl, Marche-Seul, fuhr Collard fort; ich habe meine Vorsichtsmaßregeln ergriffen.

Seit drei Tagen ist die Revolution ausgebrochen; ich habe vom ersten Augenblick an wohl gesehnt, daß die Revolution unterliegen werde und bin allen Manifestationen aufmerksam gefolgt, während ich mich auf dem Boulevard des Capucines befand.

Nicht um eines Schrittes Länge habe ich mich von Euch allen entfernt. Ich habe Larivette die Veilchenbouquets verteilen sehen und sehr gut begriffen, daß es seinen guten Grund hatte, wenn sie Euren guten Freunden vom Kellergeschöpf um jene Stunde und in einem solchen Augenblick Blumen spenden wollte. Ich habe Alles gesehen, von dem Abmarsch der Menge an, welche Sie führten, bis zu dem Augenblicke, da Sie die Straße Le Pelletier betraten.

Deshommes überreichte ein Schauer.

Collard hatte sicherlich also auch bemerkt, daß er die Pistolenkugel auf die Linientruppen abschob.

Er wünschte, Niemand solle erfahren, daß er allein die Verantwortung für jenes entsetzliche Blutbad trage, welches viele Unschuldige und selbst zwei seiner ergebensten Freunde auf dem Boulevard hingestreckte hatte.

Von neuem liea in ihm der Gedanke auf Collard zu

töden; er machte eine Bewegung die Hand wieder in die Tasche gleiten zu lassen, in der er seine Pistole verborgen hatte.

Aber der Agent hatte es wahrgenommen; er hatte den Gedanken, welcher soeben das Gehirn des von ihm scharf im Auge gehaltenen Mannes blitzartig durchzuckte, errathen und nochmals seine beiden Arme ergriffen, in dem er mit dumpfer Stimme murmelte: Um Himmelswillen! Wenn Sie sich rühren, erdrose ich Sie . . . verstehen Sie? . . . Glauben Sie, daß ich mir eine Kugel durch den Kopf jagen lassen werde, wenn ich mich noch an meinen grausamsten Feinden zu rächen habe? Wie ich es Ihnen sagte, ich habe Alles gesehen und wohl begriffen, daß das Volk die Oberhand gewinnen werde.

Ich wußte, daß Ihr mich, falls ich in Eure Hände fielen, erschließen würdet, wie ihr es eben mit meinen beiden Kollegen gethan. Deshalb habe ich, da ich Sie zu überwachen hatte und zwar im Interesse meiner Rache, nicht aber in dem einer Regierung, aus der ich mir nichts mache — sie ist dem Untergange geweiht und wird mich nicht mehr bezahlen — meine Vorsichtsmaßregeln ergriffen. Und ich gebe Ihnen mein Wort, daß, wenn Sie das erfahren, was ich niedergeschrieben und unter Briefverschuß bei meinem besten Freunde niedergelegt habe, Sie mich nicht erschließen, sondern ruhig fortgehen lassen, ja sogar bei jedem späteren Zusammenreffen sehr artig sein werden.

Deshommes betrachtete neugierig den Agenten. Was hatte er unter jenem Umschlage vor zwei Tagen schon geschrieben? Das konnte nicht die Geschichte des Pistolen-schusses sein, welche sich kaum vor wenigen Stunden zugetragen hatte.

Er war neugierig geworden und diese Neugierde, sowie

Widerstand entschlossen. Zu diesem Zweck haben sie in Paris, Nizza, St. Quentin, Lille, Nancy, Besançon, Rouen, Poitiers Organisationen gebildet und folgende Forderungen aufgestellt: Sonntagsruhe oder obligatorische Ruhe an einem Wochentag. Regelung der Kinderarbeit und der Arbeit un-mündiger Mädchen, der Frauen und erwachsenen Männer in den Magazinen (Verkaufsstellen und Geschäften). Er-richtung von gewerblichen Schiedsgerichten, auch für die im Handel Beschäftigten, Haftbarkeit der Arbeitgeber bei Unfalls-fällen, Errichtung von Kranken- und Altersversicherungs-Kassen.

Um diesen ihren Forderungen mehr Nachdruck zu geben, haben sie sich mit anderen Syndikaten in Verbindung gesetzt und sind in die allgemeine Bewegung eingetreten.

Es ist zu erwarten, daß die Mitglieder dieser zahlreichen Klasse (mehr als 920 000) auf dem nächsten internationalen Kongress dem Beispiel folgen werden, welches ihnen die Metall-arbeiter, die Arbeiter der Textil-Industrie und die Holzarbeiter in Brüssel gegeben haben und sich international mit den An-gestellten anderer Länder verbinden werden.

Diese „Syndikats-Epidemie“, wie unsere Bourgeois während sich ausdrücken, hat sich auch schon aufs Land verbreitet. Die Ersten, welche sich gegen die Expropriation durch das Kapital verbanden, waren die Bauern des Westens an den Grenzen der Bretagne und der Vendée. Von Nantes bis Clisson sind seit langer Zeit Weinberge in dem Sande der Länden angelegt. Die Grundbesitzer liefern den Boden und die Bauern die Weinstöcke. Letztere, die den Namen „Kolonisten“ (Mibaue) führen, machen alle Arbeit und tragen alle Kosten der Weinbauung. Sie behalten von dem Ertrag $\frac{1}{4}$ oder $\frac{1}{3}$ und überlassen das andere Viertel oder Drittel dem Eigentümer des Bodens.

Seit dem Einbruch, erst des Adidams und dann der Reblaus, lieferten die Weinberge keine Ernte mehr. Die Eigentümer kamen und sagten zu den „Kolonisten“: „Reißt die Reben aus und geht uns unser Land zurück, das wir in Ackerland verwandeln wollen!“ Und darauf antworten die „Kolonisten“: „Gern! Ihr habt uns einen Boden überliefert, der absolut wertlos war; wir haben ihn urbar gemacht, gepflügt, gehackt, gedüngt, veredelt von Vater auf Sohn und Enkel; dank unserer Arbeit ist der Hektar heut 1200 bis 1500 Franks werth — wir lassen uns nicht expropriieren.“

Gegen diese Expropriation, welche sie mit Recht als einen Diebstahl betrachten, haben am 31. Mai d. J. die Bewohner von acht Gemeinden eine Art Landliga organisiert. Und ungeachtet der Drohungen der Eigentümer, behauptet und befestigt sich dieses erste Bauernsyndikat (ländliche Gewerkschaft).

Ein zweites ländliches Syndikat ist seitdem in der Cham-pagne gebildet worden — von 2000 Weinbauern. Die An-gelegenheit hierzu ist der Arbeiterpartei von Reims zu danken, die seit 1886 in jener Gegend — bei Epernay — sehr tüchtig Pro-paganda gemacht hat. Als in diesem Jahr nach dem Erscheinen der Reblaus ein Regierungskommissar hinkam, welcher die Reben untersuchte und die krank befundenen austreiben ließ, entstand eine förmliche Revolte der kleinen Weinbauern, die darin nur ein Mandat erblühten, um sie zu zwingen, ihre Länd zu niedrigen Preis an die Champagnerhändler zu verkaufen, welche alles Weinland in ihren Besitz zu bringen suchten.

„Wir verteidigen uns!“ riefen sie wie aus einem Munde. Und bei der Wahl des Ausschusses zur Bekämpfung der Reblaus wurden die Herren Morlet, Chandon und die anderen Großbourgeois auf der Liste des Präses mit Schimpf und Schande geschlagen, und die Liste der Weinbauern ging mit erdrückender Mehrheit durch, unter dem Rufe: „Nieder mit den Rebläusen!“

Dieses Syndikat hat sich zum Ziel gesetzt, die Vermittelung der Weinbändler zu beseitigen und den Wein gemeinschaftlich direkt an die Konsumenten zu verkaufen. Es gibt eine Zeitung heraus: „Die ländliche Revolution“ (La Révolution champenoise). Der Titel ist durchaus berechtigt, denn es ist in der That eine Revolution, daß die Landbevölkerung anfängt, sich gegen die kapitalistischen Blutsauger aufzulehnen.

Zules Guesde.

Zu dieser Auffassung unseres Korrespondenten möchten wir aber doch vorläufig noch ein Fragezeichen machen. Vom Stand-punkt des Großbourgeois und Großkapitalisten aus betrachtet mag dieser Bauernbund revolutionär erscheinen; unter dem sozia-listischen Gesichtspunkt sinkt er herunter zu einer der täglich wechselnden Widerstandsformen des kleinen Kapitalisten gegen den großen in dem Streite um die Höhe des Profites, um die Größe des Ausbeutungs-Anteils. D. H.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. September.

Ueber den Brüsseler Kongress drückt sich Friedrich Engels in einem Briefe an Lafargue, der z. B. im St. Pelagie-Gefängnis zu Paris seine einjährige Haft ab-schließt, folgendermaßen aus:

Wir haben allen Grund, mit dem Kongress in Brüssel zufrieden zu sein. Man hat gut daran gethan, den Ausschluß der Anarchisten zu votiren; damit hat

und jämmerlichen Krambude in der Straße Balande, war er allein traurig und sorgenvoll. Er hatte sich vom nächsten Morgen ab an die Arbeit begeben.

Die Nachbarn und Kunden, neugierig gemacht durch die Traurigkeit und düstere Melancholie dieses Mannes, welcher durch irgend einen tiefen Schmerz gebrochen schien, hatten mit ihm eine Unterhaltung anzuknüpfen versucht.

Aber er hatte sich so wenig zugänglich gezeigt, seine Antworten waren so kurz, seine Augen hatten einen solchen Ausdruck von Verachtung und Härte, daß die Neugierigen nicht wagten, ihre indiscreten Fragen fortzusetzen.

Mit der Morgendämmerung besand er sich an seiner Arbeit, um sie erst in dunkler Nacht zu verlassen; kaum einige Minuten gönnte er sich für seine Mahlzeiten bei dem Wein-kaufmann an der Ecke.

Er blieb stumm wie ein Grab und machte nur geringe Ausgaben.

Die Arbeit jedoch feierte nicht bei ihm. Man fand ihn verschlossen, keineswegs liebenswürdig; aber die Rundschaft hatte sich trotz der Vorurtheile und trotz des Anschauens, welches sie oft erfuhr, bald eingestellt.

Deshommes war nämlich ein bewundernswürdiger Arbeiter, geschickt und schnell, ja ein Künstler in seinem Fache.

Niemand verstand es besser als er, ein Paar nieder-getretene, durch die Benutzung verunstaltete Schuhe oder abgetragene Absätze wieder in die rechte Form zu bringen.

Die jungen Mädchen des Viertels, kleine gefällige Arbeiterinnen mit geringem Lohne, waren entzückt von der eleganten Sauberkeit dieser Form, welche ihre arbeitsigen, durch die weiten Pariser Wege heruntergetretenen Halb-stiefel unter den Händen dieses sonderbaren Schuhmachers annahmen.

Da er stets allein war und mit Niemand sprach, hatte man ihm den Beinamen Marche-Seul (Ein-siedler) gegeben, und dieser Spitzname war ihm ge-blichen. Eines Tages war zum großen Erstaunen aller Leute die Bude nicht geöffnet und am folgenden Tage,

die alte Internationale aufgehört, damit beginnt die neue. Es ist das, 19 Jahre später, die klare und einfache Bestätigung der Resolutionen des Kongresses in Haag.

Von nicht geringerer Bedeutung ist es gewesen, daß man die Thier den englischen Trades-Unions weit öffnete. Diese Maßnahme beweist, wie sehr man die Situation begriffen hat. Und die Abstimmungen, die die Trades-Unions eingereicht haben, dem Klassenkampf und der Abschaffung der Lohnarbeit, zeigen, daß keine Konzeßion von unserer Seite vorliegt. — Der Zwischenfall Domela-Nieuwenhuis hat bewiesen, daß die euro-päischen Arbeiter definitiv die Periode der hochfliegenden Phrasen überschritten haben, und daß sie sich völlig klar über die Verantwortlichkeit sind, die sie tragen: sie sind eine Klasse, die sich als eine „Kampf“-Partei konstituiert hat, als eine Partei, die mit den „Thatsachen“ rechnet. Und die Thatsachen nehmen eine mehr und mehr revolutionäre Wendung.“

Im selben Briefe verbreitet sich Engels im Anschluß an obige Aeußerung auch über die gegenwärtige politische Situation in so vortrefflicher Weise, daß wir auch diese Ausführungen unseren Lesern mittheilen wollen:

„In Rußland herrscht schon Hungernoth; in Deutschland wird sie in einigen Monaten einziehen; die anderen Länder werden weniger darunter leiden, hier die Gründe dafür: Das Defizit der Ernte des Jahres 1891 wird auf 11 1/2 Millionen Hektoliter Weizen geschätzt, und auf 57 oder 100 Millionen Hektoliter Roggen: Das letztere Defizit berührt also ganz be-sonders die beiden Länder, die Konsumenten von Roggen sind, Rußland und Deutschland. Dies garantiert uns den Frieden bis zum Frühjahr 1892. Rußland wird sich vor diesem Zeit-punkt nicht rühren; wenn nicht unbegreifliche Thorheiten in Paris oder in Berlin passiren, wird es also keinen Krieg geben. Dagegen: wird das Jarenthum diese Krise durchmachen? Ich zweifle daran.“

Es giebt zuviel rebellische Elemente in den großen Städten und besonders in St. Petersburg, als daß man nicht versuchen würde, die Gelegenheit dazu zu benutzen, den . . . Alexander III. abzusetzen, oder zum Allernächsten ihn unter die Kontrolle einer National-Versammlung zu stellen: — vielleicht wird er selbst genöthigt sein, die Initiative dieser Einberufung zu ergreifen. Rußland — d. h. die Regierung und die noch junge Bourgeoisie — hat enorm an der Schaffung einer großen nationalen In-dustrie gearbeitet (zu sehen aus dem Artikel von Plechanoff in der „Neuen Zeit“).

Diese Industrie wird gerade in ihrem Markte aufgehalten werden, weil die Hungernoth ihr das einzige Absatzgebiet ver-schließen wird: den inneren Markt.

Der Zar wird sehen, was es auf sich hat. Rußland zu einem sich selbst genügenden und vom Auslande unabhängigen Lande gemacht zu haben: er wird eine Ackerbau-Krise haben, die durch eine Industriekrise verdoppelt wird.

In Deutschland wird die Regierung sich, wie immer, zu spät zur völligen Abschaffung oder zur Aufhebung der Ge-reichnisse entschließen. Das wird die schutzlosere Mehrheit im Reichstage vernichten. Die Großgrundbesitzer, die „Bauern“, werden nicht mehr die Stütze aus Industrie-Produkte aufrechterhalten wollen, sie werden so billig wie möglich einkaufen wollen. So, daß wir wahrscheinlich eine Wiederholung dessen erleben werden, was sich damals, zur Zeit der Abstimmung über das Sozialistengesetz, zugetragen hat: eine schutzlosere Mehrheit, in sich selbst durch entgegengesetzte Interessen gespalten, durch die neue Situation geschaffen werden, und die vor der Unmöglichkeit stand, sich über die Details des Schutzsystems in Einklang zu setzen. Alle möglichen Vorschläge finden nur Minoritäten; es wird entweder eine Rückkehr zum Freihandel stattfinden, was eben unmöglich ist, oder Auflösung und in deren Gefolge Absehung der alten Parteien und der früheren Mehrheit, und eine neue freihändlerische Mehrheit, die zu der gegenwärtigen Regierung in Opposition tritt. Das kennzeichnet das wirkliche und definitive Ende der Bismarck'schen Periode und gleich-zeitig der des innerpolitischen Stillstandes. Ich spreche hier nicht von unserer Partei, sondern von den regierungsmöglichen Parteien. Es wird zu Streit kommen zwischen dem ein-gesessenen Adel und der Bourgeoisie, die schutzlosere ist, und den Kaufleuten und einer Fraktion der industriellen Bourgeoisie, die Freihändler sind; die Ständigkeit der Minister wie der inneren Politik wird zerbröckeln werden, der Schluss wird Bewegung sein, Kampf, Leben, und unsere Partei wird alle Früchte davon ernten: und wenn die Ereignisse diese Richtung nehmen, wird unsere Partei sich gegen das Jahr 1898 in den Besitz der Macht setzen können.

Wohlgemerkt, ich spreche nicht von den anderen Ländern, weil die ländliche Krise sie nicht so sehr berührt. Aber wenn diese den Ackerbau betreffende Krise die Industriekrise in England ausbrechen läßt, die wir seit 25 Jahren erwarten . . . dann!“

Auch das Lügen ist eine Kunst. Mit dem guten Willen allein ist es nicht gethan — und wer das Lügen-geschäft nicht ordentlich gelernt hat, der legt sich unfehlbar selber den Strick um den Hals durch Widersprüche,

gegen Mittag bemerkte man, wie er heimkehrend ein ent-zückendes Kind mit frischen Gesichtszügen und in reulicher Kleidung in seinen Armen trug.

Das Kind war ungefähr 2 Jahre alt, es war ein kleines Mädchen.

Deshommes übergab sie der Obhut einer alten Haus-hälterin in der Straße Julien le Pauvre, welche sie des Tags über wartele.

Abends gegen neun Uhr, wenn er seine Bude geschlossen hatte, holte er sie ab und brachte sie in seine Wohnung. Man hatte bemerkt, daß er das Kind mit großer Sanft-muth behandelte, aber niemals hatte man ihn es lassen sehen.

Bisweilen betrachtete er das Mädchen, wenn er es in der Loge, ehe er nach Hause ging, auf den Knien hielt mit einer sonderbar gedankenvollen Stirn, deren Röhre in seinen Augen sich wiederpiegelte. Dann erhob er sich plötzlich, sagte guten Abend und entfernte sich mit düsterer Miene, gedrückter als je.

Niemand hatte gewagt, den alten Schuhmaler zu be-fragen. Und das Erscheinen dieses kleinen reizenden Wesens hatte noch mehr die Neugierde des ganzen Viertels erregt, hatte einen neuen Nahrungshoff der böswilligen Neugierde der Nachbarn geliefert. Sicherlich war es seine Tochter. Man wußte es von der alten Frau, welche sie wartete, und der er es ohne weitere Auseinandersetzungen mitgetheilt hatte.

Aber die Mutter? Lebte sie oder war sie todt? Das eben wußten die Leute nicht. Zwei oder drei Matronen, dreifester als ihre Gefährtinnen, hatten freilich wohl versucht, Fragen zu stellen, um es in Erfahrung zu bringen.

Aber ihre Fragen erstarben gewissermaßen auf ihren geschwägigen Lippen unter dem eifigen Blicke Deshommes, welcher in wenigen kurzen Worten sie kalt geschäftlich ge-sragt hatte, ob sie ihm nicht Schuhwerk zum Ausbessern brächten.

Jedenfalls war der Schuhmaler eine geheimnißvollere Persönlichkeit geworden als jemals.

in die er sich verwickelt. In einem unbewachten Moment läßt er sich ein Geständniß entschließen, an dem er sofort aufgeknapft werden kann. Unsere agrarischen Groß-Korn-wucherer machen keine Ausnahme von der Regel. Im guten Willen, das Volk anzulügen, fehlt es ihnen gewiß nicht, aber bei allem guten Willen sind sie erbärmlich: Stümper. Man bedenke nur: Während sie, um die Korn-zölle vertheidigen zu können, dem Volke vorlegen müssen, die heurige Ernte sei nicht misrathen, plaudern sie in ihrem schlechtlichen Organ, dem „Feierabend des Landwirths“, die Wahrheit wie folgt aus:

„Die Weizenerte der Welt ist kaum im Stande, die Erfordernisse für das eben begonnene Wirtschaftsjahr zu decken. Der Mangel ist bedeutend und das Erforderniß steigt auch dadurch, daß die zweite Brotrucht, der Roggen, in Europa ebenfalls misrathen ist. Bei der Preis-bildung ist es nicht bloß die Erntemenge, die zur Geltung ge-langt, sondern es spielt dabei noch ein Faktor eine wichtige Rolle, nämlich der von der vorausgegangenen Ernte übrig ge-bliebene Vorrath. Dieser kann, wenn er bedeutend ist, auch bei einer schwachen Mittelernte das Steigen der Preise ver-hindern. Da jedoch die gegenwärtig vorhandene Vor-räthe in der ganzen Welt so gering sind, daß sie kaum in Rechnung kommen, so wird dieser Faktor die Ver-mehrung der heurigen Getreide-Ernte kaum beeinflussen. Wir gelangen daher zu dem Schluss, daß die diesjährige schwache Ernte nebst den geringen Vorräthen das Angebot bedeutend vermindern, die Nachfrage dagegen für längere Zeit stabilisiren wird und daß man nur nach guten Ernten mehrerer Jahre ein Sinken der Preise voraussehen kann.“

Stimmt aufs Haar. Und die agrarischen Leugner des Nothstandes sind, ihrem eigenen Geständniß nach, Lügner. —

Die Unternehmepresse hat bekanntlich schon wieder-holt ihrem Unmuth gegen das Unfall-Versicherungsgesetz in der erlogenen Behauptung Luft gemacht, die gezahlten Ent-schädigungen bilden für die Arbeiter einen förmlichen Reiz, Unfälle absichtlich herbeizuführen, um dann von der Unfall-pension gemächlich leben zu können; daher erkläre sich auch die fortwährende Steigerung der Unfälle. Gegen diese Tendenzläge ist jetzt ein unparteiischer und unangefochter Zeuge aufgetreten, der Präsident des Reichs-Versicherungs-amtes Dr. Bödicker. Wie schon gestern erwähnt, hat derselbe für den Berner internationalen Unfallkongress ein Referat übernommen über die Gestaltung der Unfallversiche-rung in Deutschland; in demselben tritt er nun der Be-hauptung entgegen, daß die obligatorische Unfallversicherung die Zahl der Unfälle vermehre, daß sie ein Ruhehissen für die Arbeitgeber bilde und die Arbeiter ein-schläfere. Die Relativzahlen der Unfälle in Deutschland für die Jahre 1886 bis 1889 stellen sich, auf 100 000 Ver-sicherte berechnet, wie folgt:

Todesfälle	1886	1887	1888	1889
Unfälle mit völliger Erwerbsunfähigkeit	70	77	68	72
Unfälle mit theilw. Erwerbsunfähigkeit	109	210	238	270

Wir werden wohl nicht fehlgehen, wenn wir die gegen 1886 konstatierte minimale Steigerung der schweren und die stärkere Vermehrung der leichteren Unfälle der seitdem strenger durchgeführten Anzeigepflicht zuschreiben, so daß man eigentlich von einer Vermehrung der Unfälle nicht reden kann, wie auch thatsächlich die Verwendung und Ver-besserung der Schutzvorrichtungen zur Verminderung der Un-fälle sehr viel beitragen können.

Also mit dieser Anklage gegen die Arbeiter ist es nichts; der Präsident des Reichs-Versicherungsamtes erhebt seine Klage vielmehr gegen einzelne Unternehmer, die er, nach der „Vossischen Zeitung“ theilnahmlos und ge-wissenlos nennt und die daher die Berufsgenossen-schaften zu strengem Vorgehen zwingen; so sei unlängst in einer süddeutschen Berufsgenossenschaft einem Betriebe, der 4000 Arbeiter beschäftigt und der bereits in einer hohen Gefahrklasse eingeschätzt war, von der Genossenschafts-versammlung ein Beitragzuschlag von 500 pCt. auferlegt worden, und das Reichs-Versicherungsamt habe auf die Be-schwerde der Betriebsunternehmer den Zuschlag in Höhe von 200 pCt. aufrecht erhalten.

Das wird freilich die profitgierigsten unter den deutschen Unternehmern und deren tollste Organe, z. B. die „Eigen-Zeitung“, nicht hindern, die alte Lüge immer von Neuem vorzubringen, aber man kann ihnen dann wenigstens mit dieser offiziellen Konstatirung für den Augenblick den Lügen-mund stopfen. —

Die Höhe der seit 1886 gezahlten Unfallentschädigungen

Er fuhr zu leben und zu arbeiten fort, als ob sich nichts ereignet hätte und beachtete weder den Weiberkatsch, der ihn umschwärmte, noch die Gesellschaft, welche er nicht aufsuchte. Wie wir es bereits gesehen haben, war die Rundschaft trotz der Vorurtheile, trotz seiner düsteren ge-hässigen Miene sofort zu ihm gekommen, ohne daß er sie darum gebeten hatte. Wenn er es mit einem Bürger oder einer Bürgerin zu thun hatte, ließ er sich seine Arbeit theuer bezahlen; bei dem geringsten Feilschen lehnte er von vornherein dieselbe ab.

Wenn er dagegen das Schuhwerk eines Arbeiters oder einer Arbeiterin soeben wie neu wiederhergestellt hatte, waren seine Preise bescheiden. Jedermann hatte von dieser Thatsache mit einem gewissen Erstaunen Notiz genommen. Im übrigen war Deshommes nicht beliebt, eher gefürchtet, aber man ahnte unter seiner rauhen, fast abstoßenden Außen-seite ein unbestimmbares Gefühl von Liebe, und man hatte sich schließlich an ihn gewöhnt, ihn fast hoch schätzen gelernt. Zwei Jahre nach dem Erscheinen des kleinen Mädchens in diesem armen Viertel, war die alte Frau, welche es wartete, gestorben und Deshommes hatte sie Niemandem ferner anvertrauen wollen. Er hatte sie vollständig zu sich genommen. Des Morgens kam er um die gemächliche Stunde herab und ging in seinen Laden, wo er für zwei tüchtige Kräfte schaffend sich mit Eifer an die Arbeit begab. Gegen acht und einhalb Uhr entfernte er sich, holte in eine Blechkanne Milch und kehrte in seine Wohnung zurück. Von dort kam er eine Viertelstunde später mit dem kleinen schelmischen Mädchen wieder herunter. War schönes Wetter, so führte er sie an der Hand; wenn es dagegen regnete, trug er sie. Das Ziel aller dieser Wege war eine Kleinkinder-Bewahranstalt in der Straße Bontebrie, von dort holte er sie jeden Abend ab. Außerhalb der Schule ließ er das Kind nie-mals auf der Straße mit den kleinen Kameradinnen des Viertels spielen.

(Fortsetzung folgt.)

gibt der Präsident des Reichs-Versicherungsamts in dem oben erwähnten Referate wie folgt an:

im Jahre 1886	1 915 306,24 M.
" " 1887	5 982 900,08 "
" " 1888	9 681 447,07 "
" " 1889	14 484 303,15 "
" " 1890	19 981 804,40 "

Bei dieser Gelegenheit giebt Dr. Bödiker auch bekannt, daß das wegen des geltenden Umlageverfahrens zu Tage tretende Steigen der Unfallkosten fortgesetzt im richtigen Verhältnis zu den unter Benutzung der 1881er Statistik regierungsseitig veröffentlichten Vorausberechnungen steht. Nach diesen Berechnungen sollten bei einer angenommenen Anzahl von 1 615 253 Versicherten im vierten Jahre 8 758 000 M. an Entschädigungsbeträgen gezahlt werden. Wird nun als erstes Beitragsjahr das vierte Quartal 1885 und die drei ersten Quartale des Jahres 1886 angenommen und wird ferner bei den seit 1. Oktober 1885 bestehenden 57 älteren Berufsvereinigungen die Zahl der versicherten Personen und dem entsprechend die Höhe der gezahlten Entschädigungen auf die vorstehende Zahl 1 615 253 reduziert, so ergibt sich, daß tatsächlich im vierten Jahre 8 890 073 M. an Entschädigungsbeträgen gezahlt sind.

Bemerkenswert, wenn auch freilich für unsere Genossen bloß selbstverständlich bei der Rolle, welche das Reichsgericht in den politischen Prozessen der jüngsten Vergangenheit gespielt hat, ist die Thatsache, daß die am Juristentag in Köln angewandten Reichsgerichts-Präzedenzfälle sämtlich für die Trunksuchtsgesetze Vorlage eingetreten sind. Reichsgerichts-Rath Voebell forderte sogar, die Trunksucht auch dann als strafbare Handlung zu konstituieren, wenn der Trunkene ein Delikt in der Trunksucht begangen, und wegen des begangenen Delikts mangels Zurechnungsfähigkeit nicht bestraft werden kann.

Es ist eigentlich schade, daß allem Anschein nach diese Gesetzesvorlage vorerst nicht zur Beratung im Reichstage gelangt; sie wäre wie keine zweite geeignet, in einer oder zwei Abänderungen, die ja gewöhnlich nach dem besten Diner sehr animiert zu verlaufen pflegen, des Eingehendsten debattiert zu werden. Kupfer-Deutscher (Eisenleben) als Referent, der sächsische Oberstaatsanwalt Hartmann als Korreferent — es wäre zu schön gewesen, es wird nicht sollen sein.

Was nicht Alles Sozialreform sein soll! Sogar das in der Praxis so sehr zum Klaffen sich gestaltende Trunksuchtsgesetz, daß sogar der Juristentag sich dagegen erklären mußte, stempelt der famose Schweinburg in den Politischen Nachrichten zu einem Glied der deutschen Sozialreform. Voll sittlicher Entrüstung schreibt er:

Auch das Trunksuchtsgesetz ist wesentlich von sozialen Motiven diktiert und bildet ein Glied in der sozialpolitischen Gesetzgebung des Reichs. Es darf daher gefordert werden, daß wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft ein vom rein juristischen Gesichtspunkte geleiteter Widerstand gegen die sozialpolitische Gesetzgebung des Reichs von Erfolg nicht begleitet sein wird.

Ein wahres Glück, daß wenigstens die Reichsgerichts-Räthe nicht „von rein juristischen Gesichtspunkten“ ausgehen!

Der Volksthum-Charakter Eugen Richter's tritt heute wieder einmal in einer Bemerkung der „Freiwilligen Zeitung“ zu Tage, die sich gegen unsere vorgezogene Notiz betr. der sozialen Richtung sozialdemokratischer Arbeiter durch die Unternehmer richtet. Eugen schreibt:

„Die Geschäftsperre der Rühnenmänner“, von der der „Vorwärts“ spricht, war kein Ausschluß wegen politischer oder sozialdemokratischer Gesinnung, sondern ein Ausschluß wegen eines geplanten oder vollführten Kontraktbruchs zum 1. Mai vorigen Jahres. Kontraktbruch halten wir in gleicher Weise für verwerflich, wägen Sozialdemokraten oder Nichtsozialdemokraten solchen ausführen.“

Sofort dieselben — Arbeiter sind, wäre die logische Fortsetzung des Richter'schen Gedankenganges. Wir wollen die Ungeheuerlichkeit dieser juristischen Definition, die bei dem Polizeiherrn Richter's selbstverständlich, nicht kritisieren — aber warum tritt denn Richter nicht gegen den Massen-Kontraktbruch der Unternehmer auf, die z. B. am Sabbatstage einfach die Fabriken schlossen, die Arbeiter wider ihren Willen zur Arbeitsruhe zwangen und sie somit auch noch um den Betrag eines Tageslohnes schmälereten. Es ist wirklich schade, daß Eugen Richter zur Zeit nicht Staatsanwalt oder Richter im Kohlenrevier oder Schloffen ist! Dort fehlte er wirklich!

Die demokratische „Partei“ des Herrn Kohn in Dortmund hält auch einen Kongress ab, und zwar am Sonntag, den 18. Oktober, in Dortmund. Die Tagesordnung enthält folgende Punkte: 1. Bericht des Parteiausschusses. 2. Schaffung eines Agitationsfonds. Referent Rechtsanwalt Meios-Beipzig. 3. Die Parteipresse. Referent derselbe. 4. Das Verhältnis der demokratischen Partei zu anderen Parteien. Referent Rechtsanwalt Kohn-Dortmund. 5. Die Getreidezölle. Referent Schriftsteller Felix Krieger-Berlin. 6. Das Verhältnis der Partei zur Arbeiterreform. Referent Rechtsanwalt Kohn-Dortmund. 7. Wahl des weiteren Parteiausschusses, des Vororts und des Vorsitzenden.

Da nun Beteiligung wie Debatte voraussichtlich nicht sehr groß werden dürften, findet im Anschluß an diesen Parteitag am selben Tage Mittags 1 Uhr am gleichen Orte auch gleich die Generalversammlung des Allgemeinen demokratischen Vereins für Deutschland statt. Und man muß an Mitglieder und Parteigänger dürfte sich vielleicht eine Verschmelzung der beiden Organisationen empfehlen, was um so leichter zu bewerkstelligen, da es ja die gleichen Personen sind — ein paar Offiziere, aber keine Soldaten. Wie wahr's, wenn diese demokratische Partei ihre Kongress-eröffnung mit dem Motto verfähre: Parteigenossen gesucht!

Kurzlich der französischen Manöver hielt Kriegsminister Freycinet eine Rede, in welcher er sich über die Nützlichkeit der Truppen aussprach und die mit den Worten schloß: In seiner neuen Situation wird Frankreich jene Würde, Ruhe und Mäßigkeit bewahren, die seine Wiederanerkennung vorbereiten haben.

Die „neue Situation“ hat unserem Kannegießertum einen Aufbruch gegeben. Was heißt „neue Situation“? Offenbar ist damit auf die russische Allianz angespielt. Wir sind nicht in die Geheimnisse der französischen Diplomatie eingeweiht, wissen aber, daß ähnliche Aushandlungen lange vor Konstantin gefallen sind und daß wir schon vor Jahren davon hinwies: Frankreich ist jetzt so gekränkt, daß die russische Kaltwasserpolitik nicht mehr verwendbar

ist, und unsere Politik muß sich mit dieser neuen Thatsache abfinden. Möglich, daß Freycinet, an dessen Friedensliebe kein Zweifel ist und der für die Allianz mit Rußland nicht schwärmt — möglich, daß er etwas anderes gemeint hat, wahrscheinlich ist es aber nicht. Und warum soll der französische Kriegsminister nicht eine ebenso stolze Sprache reden, wie die Fürsten und Generale bei den österreichischen und deutschen Manövern? Wie's in den Wald schallt, so hallt's wieder heraus. Freilich, dieses in den Wald und aus dem Wald rufen ist ein gefährliches Spiel. Die Wiener „Neue Freie Presse“ bemerkt dazu:

„Diese fortwährenden Schaustellungen der Streitkräfte, die mit anderen Schaustellungen anderer Streitkräfte beantwortet werden, dieses wechselseitige Hinweisen auf die Allianzen, die man hat und auf die man zählen kann, stumpft gegen die in Worten gegebenen Friedensversicherungen wesentlich ab und verneht die allgemeine Spannung. Wenn das nicht eines Tages zu der gemeinsamen Ueberzeugung Aller führt, die Interessen, die bei alledem in Frage kommen, seien die Opfer nicht werth, welche den Völkern für ihre Verteidigung aufgebürdet werden, dann führt es zum furchtbarsten aller Kriege. Jede Demonstration ruft eine Gegenemonstration, jedes stolze Wort ein noch stolzeres hervor, welches zeigt, den Ehrgeiz flackend und schließlich erdittert. Wenn es schon eine eiserne Nothwendigkeit ist, daß Europa die furchtbare Rührung trägt, welche von der Politik seiner Staatsmänner ihm auferlegt wird, können die Staaten sich nicht mit dem Bewußtsein ihrer Kraft, ihrer Schlagfertigkeit und ihrer Allianzen begnügen und auf das nicht unangenehme Vergnügen verzichten, damit in Worten oder Handlungen zu prahlen? Jedes solche Manöver, sei es militärischer oder politischer Art, schafft eine neue Situation, und eine ist immer gefährlicher als die andere. Mit derjenigen, welche Herr Freycinet angekündigt hat, wird man fortan in allen internationalen Fragen, welche aufstehen, zu rechnen haben, und daß so viele alte halbvergeßene Fragen wieder lebendig werden, ist vielleicht schon eine Folge der neuen Situation.“

Genau — wir sind auf dem besten Wege zum Weltkrieg. Das Ungeschehen der Staatsmänner zieht ihn an den Haaren herbei — wenn die Völker nicht eingreifen, ist die Katastrophe unvermeidlich. Und jedenfalls ist das Dringendste, was die Völker zu thun haben, daß sie die Werkzeuge, mit welchen die Kriege gemacht werden, die stehenden Heere, nicht noch stärken und vermehren. Das „Bereiten“ des Krieges zum Zwecke des Friedens — si vis pacem para bellum — ist seit Tausenden von Jahren der Weg zum Krieg gewesen. Also nicht neue Umdrehungen der „Schraube ohne Ende“, die uns sicher in den Krieg hinein „schränkt“, sondern Bruch mit diesem ganzen System und Einlenken in neue Bahnen!

Wehrforderungen auch für die Marine werden dem nächsten Reichstage in lieblicher Fülle zugehen. Die offiziellen Leihbüxer plänkeln schon in den verschiedensten Blättern, um Stimmung zu machen, was zwar etwas sehr altes ist, doch diesmal haben sie wirklich eine neue und durchschlagende Begründung für die Erhöhung des Marine-Etats. Und welche? Die Erhöhung der Arbeitslöhne! Behauptet da z. B. die „Welt-Vorwärts-Zeitung“ allen Ernstes, infolge dieser Erhöhung der Arbeitslöhne und der Vertehrung der Materialien sei allein beim Bau der vier Panzerschiffe der Voranschlag um fast 6 Millionen überschritten worden. Wäre diese Behauptung angesichts der stetig sinkenden Löhne, der großen Arbeitslosigkeit und der ins Unerwünschte steigenden Lebensmittelpreise nicht gar so schamlos unverschämte, man könnte versucht sein, über solche Begründung der militärischen Wehrforderungen zu ulken.

Der Nothstand und die Misere werden von der kaiserlichen Regierung offiziell anerkannt — natürlich in Rußland, nicht in Deutschland. Ein Wolff'sches Telegramm meldet aus Petersburg:

Nachdem der heilige Synod und die Gesellschaft des Nothen Kreuzes bereits zu Sammlung privater Spenden für die Nothleidenden in den von der Misere betroffenen Gegenden Rußlands geschritten, hat sich nunmehr auch das Ministerium des Innern veranlaßt gesehen, eine Verfügung betreffs derjenigen Gassen zu treffen, welche den ihm unterstellten Behörden zur Uebermittlung an Nothleidende übergeben werden sollten. Gleichzeitig macht das Ministerium bekannt, daß die Regierung für die Nothleidenden zwei und zwanzig Millionen Rubel angewiesen habe und daß die Nothleidenden mit Saat- und Bekleidungsgegenständen versehen werden sollten. Ein der Bekanntmachung beigegebener Verzeichniß nennt schließlich dreizehn Gouvernements als durchweg von der Misere heimgesucht, während dies bei acht anderen nur teilweise der Fall ist.

So hoch wie in Rußland ist der Nothstand vorderrhand bei uns wohl noch nicht gestiegen, woraus wahrscheinlich auch die Bestreitung des Nothstandes zu erklären ist. Herr Caprivi konnte den Leuten, die infolge der hohen Preise sich den Genuss des nöthigen Roggenbrotes verlagern mußten, den weisen Rath geben, Weizenbrot zu essen, der russische Finanzminister aber mußte das telegraphische Geheiß einer Anzahl russischer Mäler um Aufhebung des Ausfuhrverbotes auf Roggenmehl, weil angeblich die Weizen stark gestiegen seien und die nöthigen Aufbewahrungsräume fehlten, mit der Erklärung ablehnen, man brauche die Mele in den nothleidenden Gouvernements als Ersatz für die zum Brotbacken benutzten Baumrinden und Blätter. — Wissen bei uns erst allgemein Baumrinden und Blätter das Brotmehl ersetzen, dann wird wohl auch bei uns der Nothstand nicht mehr gelenuet werden.

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Die Dresdener Genossen erklärten sich in einer am Sonntag stattgehabten, von ca. 1000 Personen besuchten Volksversammlung nach dem Referat Kunert's mit dem Programm-Entwurf in allen wesentlichen Punkten einverstanden. Dann wurden die Parteigenossen Winkler für Dresden-Ost und Gismann für Dresden-West zu Delegirten für den Bezirks-Parteitag gewählt und denselben ausgeben, dem Parteitag folgenden Antrag vorzulegen:

Da die Sozialdemokratie eine ihrer edelsten Aufgaben damit erfüllt, durch gute, den Volksklassen zugängliche Vektüre die Menschheit für eine bessere Zukunft zu erziehen, möge der Kongress beschließen, den bestgeeigneten Mitgliedern der Partei es zur Pflicht zu machen, ein Augenmerk mehr wie bisher darauf zu richten, daß eine Jugendliteratur zu Stande kommt, welche in unterhaltender Weise, dem Wesen der Jugend entsprechend, den Geist und das Gefühl der Jugend zu Gunsten des Sozialismus weckt und bildet. Es wird beantragt, dieses Unternehmen dadurch zu organisieren, daß eine Kommission ernannt

wird, welcher die Pflicht obliegt, dafür zu sorgen, daß nach Möglichkeit in diesem Sinn geschaffene resp. daß solche in anderer Sprache erscheinende Werke in unsere Landessprache übersetzt und diese Literatur agitatorisch der Jugend zugänglich gemacht wird.

Strenge Bestrafung der Urheber der Spenger Grenel fordern die Parteigenossen in Jena von den Behörden.

Ueber den Kaiserbesuch in München schrieb man der „D. Reichsztg.“: „Wäste man es nicht, daß München zwei Sozialisten als Vertreter im Reichstage hat, so konnte man es gestern Abend mit Händen greifen, wie die arbeitende Bevölkerung sich gänzlich ferne hielt. Nur die höheren Stände hatten am Empfang sich betheiliget, die große Masse des Volkes blieb ferne. Die einst so heitere, schaulustige und lokale Bevölkerung Münchens ist zum größten Theile ins sozialistische Lager übergegangen und verhält sich gegen dynastische Guldigung vollkommen ablehnend.“

Störung eines Begräbnisses sollten, nach der „Neuztztg.“ und anderen gemäßigten Blättern, sich Sozialdemokraten in Brauchweide neulich haben zu Schulden kommen lassen. Die „Völkischer Volksmacht“ hat darauf in jenem Orte genaue Nachforschungen anstellen lassen, welche — wie vorausgesehen war — ergeben haben, daß jene gemäßigten Nachrichten absolut un-wahr gewesen ist.

Die städtische Landtags-Wahlkommission in Mannheim hat die Wahlzeit auf die Stunden von 10—1 Uhr Vormittags beschränkt. Infolge dessen — das ist klar — kann ein Theil der Arbeiter am Wahlakt nicht theilnehmen. Unsere Mannheimer Parteigenossen verschleht nicht, auf diesen merkwürdigen amtlichen Akt gebührend zu antworten, indem sie Protest einlegten und die Verlegung der Wahlzeit auf die Stunden von 4—8 Uhr Abend forderten. Die städtische „Volkstimme“ sagt über den Beschluß der Mannheimer Wahl-Kommission:

„Angescheinlich wird folgendermaßen gerechnet: Bis 12 Uhr hat der Arbeiter keine Zeit zu wählen, weil er eben bei seiner Arbeit zu bleiben hat, und von 12—1 Uhr können nicht alle wählen, weil der Andrang zu groß wird. Auch ist es für einen Arbeiter, der vielleicht in der Schweiggerstraße wohnt und dort zu wählen hat und über'm Neckar in Arbeit steht, unmöglich, in einer Stunde dorthin zu gehen, zu wählen, zu essen und zur richtigen Zeit wieder an der Arbeit zu sein. Und die Rechnung trifft zu. Wir aber lassen uns in unserem Wahlrecht nicht beschränken, zumal nicht, wenn es in so offenkundiger und unverschämter Weise geschieht. Wir werden alle Schritte ergreifen und vor nichts zurückschrecken, unser Bürgerrecht zu wahren.“

Auch auf die Gleichgültigkeit und Nachlässigkeit der Arbeiter spekulirt die städtische Wahl-Kommission, die aber wie oben national-liberalen Gepräges ist. Das beweist der Beschluß, heuer von dem früheren Modus abzugehen, jedem Wähler durch Schreiben mitzutheilen, in welchem Wahl-Lokal und zu welcher Zeit er zu wählen hat und das Alles nur durch Plakate und in verschiedenen Zeitungen kundzugeben. Die „Volkstimme“ wird voraussichtlich nicht darunter sein. Nun, wir werden unsere Leser auf eigene Faust aufklären, und wir haben die Zuversicht zu der Mannheimer Arbeiterkraft, daß sie ihre Pflicht thut, und sei es nur darum, um zu zeigen, daß sie sich nicht knechten läßt.“

Gera, 14. September. Der hier abgehaltene sozialdemokratische Parteitag für Neuh. J. L. war sehr stark besucht. Aus 28 Orten waren Vertreter erschienen. Dem Bericht des Vertrauensmannes ist zu entnehmen, daß die Partei in fortgesetzter guter Entwicklung sich befindet.

In den größeren Dörfern der Umgegend von Gera herrscht ebenfalls reger Thätigkeit. Seit dem 1. Oktober 1890 sind für Parteizwecke etwas über 2000 M. veranschlagt worden, darunter die Summe von 550 M., welche an den Parteivorstand in Berlin abgeliefert ist. Der Stand der „Neuh. Tribune“, welche in der Druckerei der „Thüringer Tribune“ in Erfurt hergestellt wird, kann als ein günstiger bezeichnet werden. Die Auflage des Blattes ist von 1000 Exemplaren im Dezember 1890 auf 2200 gestiegen. Der Parteitag erklärte sich mit der Führung der Parteigeschäfte, sowie der Haltung der „Neuh. Tribune“ einverstanden. Bezüglich der Organisation wurde beschlossen, daß jeder Ort je einen Vertrauensmann zu wählen hat; diese Vertrauensmänner sollen die Eintheiligkeit in die Agitation bringen. Mit dem Programm-Entwurf erklärte sich nach einem Referat Hugo Mübbers im Großen und Ganzen einverstanden. Schließlich wurde beschlossen, 3 Delegirte zum Parteitag nach Erfurt zu senden und wählte zu solchen den Vertrauensmann Peterlein-Gera, den Genossen Kühn-Jüdowen und Frau Vogel-Gera. Genosse Hugo Mübber hatte aus geschäftlichen Gründen eine Wahl abgelehnt. Der Parteitag dürfte die Bewegung wieder ein gut Stück vorwärts gebracht haben.

Düsseldorf. Man schreibt uns: Vorhergegangenen Sonntag fand hier unter freiem Himmel eine öffentliche Parteiverammlung statt, deren Hauptpunkt die Berichterstattung der Zeitungskommission bildete.

Aus dem Bericht ging hervor, daß der Verleger der hiesigen Arbeiterzeitung als solcher sein Amt nicht in der Weise verwaltet hat, wie er es den Genossen gegenüber zu thun schuldig war. Erstens haben Abzahlungs-geschäfts-Anzeigen Aufnahme in die Arbeiterzeitung gefunden, deren textliche Abfassung den Wünschen verschiedener Genossen erregte. Zweitens sind auch die Bedingungen, welche bei der Gründung an den Verleger gestellt waren, von diesem bislang vollständig ignoriert worden.

Als die Kommission, gedrungen von einlaufenden Beschwerden, Abänderung dieser Unzulänglichkeiten verlangte und im Weigerungsfalle dem Verleger J. K. Hof mit der Wahl eines anderen Verlegers drohte, leistete derselbe, daß für jeden ein der hiesigen Bewegung Vertrauten schier ungläublich scheinende Kunststück, die durch die Agitation und Opferwilligkeit der hiesigen Genossen erhaltene Düsseldorf „Arbeiter-Zeitung“ für sein Privateigentum zu erklären, welches die Kommission gar nichts angeht. Empört über eine solche Handlungsweise und bezugnehmend auf die vom Döllener Parteitag betreffs der Parteipresse gefasste Resolution beschloß nun die erwähnte Versammlung mit allen gegen eine Stimme die Neugründung eines Parteiorgans.

Leipzig, 18. September. Der „Vorwärts“ brachte dieser Tage die Notiz, daß die hiesige Polizeibehörde durch die Kreishauptmannschaft wegen eines Versammlungsverbotes verklagt worden sei. Diese Nachricht ist unrichtig. Es handelt sich um das Verbot eines Vortrages des Genossen May in Chemnitz, welches die Zwickauer Kreis-Hauptmannschaft aufgehoben hat.

Hemscheid. Vier Parteigenossen sollten wegen Veranstaltung verbotener Zellersammlungen zu zusammen 110 M. Strafe zahlen. Das Schöffengericht dagegen sprach alle bis auf einen frei, welcher 10 M. Strafe zu bezahlen hat. Der Anwalt meinte geschwadwoll, daß die Reichsstaats-Anwaltoren sich von den sauer erworbenen Arbeitsgroschen u. ä. Genosse Siamm war ein Beichtes, nachzuweisen, daß bei diesen Sammlungen meistens nicht die Auslagen für Anzeigen u. s. w. herauskämen und zum Rästen der Agitatoren nichts übrig bliebe.

Theater.

Mittwoch, 16. September. Opernhaus, Carmen. Schauspielhaus, Maria Stuart. Fesling-Theater, Francillon. Berliner Theater, Wilhelm Tell. Residenz-Theater, Frau-Herrn. Walkner-Theater, Der Mann mit hundert Köpfen. Friedrich-Wilhelmstadt, Theater, Boccaccio. Thomas-Theater, Im siebenten Himmel. Offenbach-Theater, Der Rantikus. Belle Alliance-Theater, Jung-Deutschland zur See. Adolph Ernst-Theater, Der große Prophet. Alexanderplatz-Theater, Schwarze Brüder. Feenpalast, Spezialitäten-Vorstellung. Gebrüder Richter's Variété, Spezialitäten-Vorstellung. Theater der Reichshallen, Spezialitäten-Vorstellung. Winter-Garten, Spezialitäten-Vorstellung. Konkordia-Palast-Theater, Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété, Spezialitäten-Vorstellung. Glockener, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Gratweil'sche Bierhallen. Kommandantenstr. 77-79. Heute sowie täglich: Auftreten der Hamburger Gaudebrüder. Konzert- und Komplettsänger. Anfangswochen 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr. Entree: Wochentags 10 Pf., Sonntags 25 Pf. Empfehle meinen berühmten Mittagstisch à la D'val, 3 Regalbahnen 6 Billards, 2 Cäle. 1169L

Stablissement Buggenhagen am Moritzplatz. Täglich: Unterhaltungs-Musik. Direktion A. Ködman. Dienstag und Freitag: Walzer-Abend. Großer Frühstücks- und Mittagstisch. Spezial-Auswahl von Pagenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf. 641 F. Müller.

Passage-Panopticum und Spezialitäten-Theater. Entree 50 Pfg. Geöffnet von 10-10 Uhr.

Noabiter Gesellschaftshaus Alt-Moabit 80-81. Dienstag: Grosses Concert und Vorstellung. Entscheidung-Ringkampf zwischen dem Meisterschaftsringler Emil Borchardt, und dem Ringkämpfer August Dieckmann. Es wird so lange gerungen, bis Einer besiegt ist. Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf. Die Direktion: Hellmuth Peters.

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt. Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.

Möbel, Spiegel und Polsterwaren. eigener Gr. Lager, bill. Preise. Fabrik. Emil Heyn, Brunnenstrasse 28, Hof parterre. Teilzahlung nach Ueberreinfunft.

Rohrtabak A. Goldschmidt, am hiesigen Platze bekanntlich Größte Auswahl. Garantirt sicher brennende Tabake. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohrtabake sind am Lager. A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6, am Hadeschen Markt. 748

Kinderwagen. Größtes Lager Berlin. Andreasstr. 23, 5, 9

Große sozialdemokratische Volks-Versammlung

für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis am Mittwoch, den 16. September d. J., Abends 8 Uhr, im Lokal „Joel's Salon“, Andreasstraße Nr. 21. Tages-Ordnung: 1. Der Entwurf des Trunksuchts-Gesetzes. Referent Reichstags-Abgeordneter Paul Singer. 2. Diskussion. Der Einberufer.

Freie Volksbühne.

Den Mitgliedern wiederholt zur Nachricht, daß der Beitrag für September bis spätestens am 19. d. M. auf die alte Karte gezahlt sein muß. Der Umtausch der Karten kann infolge Verzögerung in der Anfertigung der Bücher erst am 24. September beginnen und währt bis zum 30. September. Mitglieder, welche in diesem Zeitraum den Umtausch nicht bewerkstelligen, werden als Neu-Eintretende betrachtet und haben als solche 1 Mark Einzahlung zu entrichten. Neue Mitglieder können erst vom 1. Oktober ab gegen ein Einschreibegeld von 1 Mark aufgenommen werden. Der Monatsbeitrag beträgt wie bisher 50 Pfennig. Auch kann nach dem Beschluß der letzten General-Versammlung der Beitrag nur noch an der Zahlstelle entrichtet werden, wo die Neu-Aufnahme resp. die Umschreibung des betr. Mitgliedes erfolgte. Auf diesen Beschluß wird bei den bevorstehenden Wohnungsveränderungen ganz besonders aufmerksam gemacht. Parteigenossen, die gewillt sind, eine Zahlstelle zu übernehmen, werden gebeten, dies dem Kassirer C. Wildberger, Dresdenerstraße 28, mitzuteilen. 1480b Der Vorstand.

Große öffentliche Versammlung sämtlicher

Uhrmachergehilfen Berlins und Umg. am Donnerstag, den 17. Septbr., Abds. präz. 9 Uhr, in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstrasse 77-79. Tages-Ordnung: 1. Die Entwicklung der Arbeiter-Organisationen und ihre Ziele. Referent: Wilhelm Werner. 2. Diskussion. 3. Die Forderungen der Gehilfen und der Verbandstag der Prinzipale in Leipzig. 4. Wahl einer Agitations-Kommission. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es die Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen. Der Vorstand des Prinzipal-Verbandes sowie die drei Berliner Delegierten des Gehilfen-Verbandes sind zu dieser Versammlung schriftlich eingeladen. 1495b Der Vorstand.

Versammlung der Filiale der Wirker Berlins

am Donnerstag, den 17. September, Abends 8 1/2 Uhr, in „Feind's Salon“, Weinstrasse No. 11. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Hohland über Kraft und Stofftheorie. 2. Diskussion. 3. Wahl der Fachkommission. 4. Obligatorische Einführung des Fachblattes. 5. Verschiedenes. Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen. Gäste haben Zutritt. Um rege Beteiligung bittet Der Bevollmächtigte.

Montag Nachmittag entschlief nach langen schweren Leiden unser Kollege und treuer Genosse der Tischler August Fernow. Die Beerdigung findet am Donnerstag, Nachmittag 3 Uhr, vom Jakobikirchhof statt. 1492b Die Kollegen der Werkstatt Ringlob.

Töpfer-Zentral-Krankenkasse.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß jetzt die Zahlstellen wie folgt eingerichtet sind: 1) Montag, Abends von 6 1/2-7 1/2 Uhr, im Restaurant Schönsch, Adalbertstr. 16. 2) Montag, Abends von 8-10 Uhr, im Restaurant Nemitz, Große Frankfurterstraße 27, Eingang Ledußerstraße. (Auch Vereinszahlstelle.) 318/11 3) Mittwoch, Abends von 8-9 Uhr, im Restaurant Grafender, Schwerin- und Zietenstraßen-Ecke. 4) Donnerstag, Abends von 7-9 Uhr, im Restaurant Geinort, Müllerstr. 174, Eingang Feinstraße. 5) Sonnabend, Abends von 6-9 Uhr, im Restaurant Schayer, Brunnenstr. 40, Ecke Rheinsbergerstraße. (Auch Vereinszahlstelle.) Der Vorstand.

Rechts-Bureau des Königl. Amtsrichters a. D. jetzt Alto Jakobstrasse 130. Gewissenh. Rath. Hilfe in allen Angelegenh. Unbemittelten unentgelt. Sonntags bis 4 Uhr. 1490b

Rechts-Bureau des Königl. Amtsrichters a. D. wird am 2. September von Alto Jakobstrasse No. 102 nach No. 130 verlegt. 1158b

Castan's Panopticum. Jetzt: Friedrichstr. 165, Ecke Behrenstrasse. Neu: Raubmörder Wetzel.

Gedöfn. v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends. Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf. Donnerstag Skat-Abend bei Flick, Simeonstr. 23. 1960L

Für Cigarren-Fabriken! Der Vorsitzende des hiesigen sozialdemokratischen Vereins, welcher Anträge eingeleitet hat, wünscht am hiesigen Ort die Niederlage einer Cigarren-Fabrik zu übernehmen. Das Unternehmen wird sich glänzend entfalten. Fabrikanten, welche gefonnen sind eine solche hier zu errichten, werden ersucht ihre gest. Offerten an P. Bismichen, Sonn, Josephstr. 36, zu senden.

Cohn's Hosen- u. Anzugfabrik Pallisadenstr. 7, unweit d. Büschingpl., größtes Lager u. billigste Bezugsquelle Berlins, arbeitet aus Reinen und verkauft im Einzelnen: Knabenhosen von 1 Mk. an, Jaden 1,50, Herrenhosen 1,50, Knabenanzüge 2 Mk., Burschenanzüge 3,50, Herrenanzüge 12 Mk. Nach Maß ohne Preisänderung. Flicken gratis. 7 Pallisadenstraße 7. 810L

Kinderwagen, geb. Kottbuserstr. 15. 879b

Echt Nordhäuser Kantabak aus der Fabrik v. Hendess & Schuman Inhaber Hermann Kessler Nordhausen a. S. zu Fabrik-Preisen.

H. Czerwonka, Friedenstraße Nr. 50. Kantabak-Kommission-Export-Geschäft.

Achtung! Kein Laden. Nur eigene Fabrikation, 25 Cigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 60 Pfg. 1092L

F. F. Dinslage, Kottbuserstr. 4, Hof part. Wurstfleisch 25 Pf., Eisbein 30 Pf. bei Kohn, Grämer Weg 43, Hof Keller. Verlaufe mein Ed.-Schnalgeschäft billig. (Bauges. d. Lessingstr. 42. 1493b

Arbeiter-Bildungsschule

Sonntag, den 20. September, bei Sternecker, Schloss Weissensee Großes Volks-Fest, Doppel-Vorstellung: Auftreten des Herrn Glasermeisters Jos. Brunner aus Wien auf dem 100 Fuß hohen und 500 Fuß langen Thurnsteil. - Konzert, Volks-Gesellschaften, als Puppen-Theater, Stangenklettern, Fackelpolonaise etc. Feuerwerk, Große Beleuchtung, Fontaine lumineuse, Großer Volks-Fall in dem 12.000 Quadratfuß großen Bal champêtre. Von 2 Uhr ab: Allgemeines Kaffeekochen. Anfang des Konzerts 4 Uhr. - In den Schulen, an sämtlichen Zahlstellen und den sonstigen bekannten Orten sind Billets im Vorverkauf à 25 Pf. zu haben (an der Kasse theater). Der Vorstand.

Große öffentliche Versammlung aller in der Handschuh-Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend am Donnerstag, den 17. September d. J., Abends 8 Uhr, „Norbert's Festsäle“, Beuthstrasse No. 22. Tages-Ordnung: 1. Der Streit in der Friedrichshagener Handschuh-Fabrik (Referent siehe am Donnerstag an den Anschlagtafeln). 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Pflicht aller Handschuh-Arbeiter und -Arbeiterinnen ist es, in der Versammlung zu erscheinen. Die Agitations-Kommission für die sozialdemokratische Frauenbewegung Berlins. J. A.: M. Kollatten, Ziehlstraße 7. 1495b

Graveure! Ciseleure! Oeffentliche Versammlung heute, Mittwoch, den 16. September d. J., Abends 8 1/2 Uhr, in Scheffer's Salon, Inselstraße 10. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen notwendig. 1491b

Versammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Gast- und Schankwirthe Berlins und Umgegend am Freitag, den 18. September d. J., Nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen Kuhlmeij, Schönhauser Allee Nr. 28. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Jubel über das Trunksuchts-Gesetz. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Vereinsangelegenheiten. 5. Verschiedenes und Freigelassen. Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht es jedem Mitgliede zur Pflicht, pünktlich zu erscheinen. Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden. Der Vorstand.

Parteigenossen und -Genossinnen! Donnerstag, den 17. d. M. findet im festlich dekorirten Garten von Herrn O. Thierbach Schwedterstraße 44, ein großes Erntefest mit Gänse-Ausschieben, arrangirt vom Bezirksklub „Joh. Jacoby“, statt. Vokal- und Instrumental-Konzert und Vorträge. Punkt 9 Uhr: Fackelzug bei bengalischer Beleuchtung. Freunde und Gönner sind dazu eingeladen. 1960L

Einsegnungs-Anzüge in Jaquet-Haçon, blau u. schwarz, in nur guten Stoffen von 15 M. an. Julius Lindenbaum, Berlin O., Frankfurterstr. 139.

H. GUTTMANN Stempel-Schablone-Schilder-Fabrik Berlin N., Brunnenstr. 9. Stempel!

Milchgeschäfte. Um billig einzukaufen wende man sich nach Waldstrasse 44, Belchwaraenfabrik. 1442b

Milchhübel, Emaille-Vorstellung und Blechhübel, Satten, Kannen, Gemäße, Tafelwaagen, Wühlampen, 312M Jordan, Stallschreiberstr. 9.

70 etm breiter Atlas von 3 M., Sammetkragen von 0,85 bis 1,85 M., schwarze Kleiderstoffe sehr billig. 1200L P. Kochmann, Alte Jakobstr. 88.

Suche zum 1. Oktober eine freundl. möbl. Schlafst. in der Nähe des Rosenthaler Thores. Offerten mit Preisang. Brunnenstr. 75, vorn IV r. 1484b

J. Mann w. m. 6jähr. Sohn Schlafst. Adr.: H. Schneider, Söwinmühlendammstr. 42, bei Henschke. 1486b

Freundl. Hofwohnung (Stube, Küche, Korridor), 65 Thlr., sofort zu vermieten. Curvstr. 15. 1500b

Lübeckstr. 40, 4. part. 1 St., Kor., Küche u. Boden 240 M.; 1 St., Küche u. Boden 222 M. j. 1. Okt. zu verm.

Tenöre, überhaupt stimmbegabte sind, einem Arbeiter-Gesangverein beizutreten, werden gebeten, sich Mittwoch Abend im Vereinslokal, Schönhauser Allee 28 bei Kuhlmeij, einzufinden.

Tanzinstitut Wolf, Adalbertstraße 8. (1244L) Täglich Lehrkurse. Verschiedene Abtheilungen. Privat-Unterricht zu jeder Tageszeit. Empfiehlt sich den Vereinen als Arrangeur zu Festlichkeiten etc.

Arbeitsmarkt. Ein Maschinenmeister, Parteigenosse, der infolge seiner politischen Ueberzeugung der Maschinenregelung verfiel, sucht als Mitte Oktober Stellung in der Druckerei eines Parteiblattes. Perfekt in allen vorkommenden Arbeiten bewandert, namentlich seiner Arbeitens- und Pressenbrücker, sowie auch mit einem facher und doppelter Dampfmaschine und Gasmotor vertraut. Allenfallsige Offerten beliebe man an den Unterzeichneten richten. J. Auer, Berlin SW., Kaybachstr. 9 L

Schuhmacher verlangt Engel, Schloßmacherstr. 6.

Näherinnen, gebt auf gestrichte Wäsche verl. Rothe, Pallisadenstr. 61. 1490L

Suche für meine Kunst-Glaserei einen Lehrling zum sofortigen Antritt. 1253L W. Gruntzfeld, Stephanstr. 58.

Ein v. Tapezier, der 2 Sophas zu arbeiten will, kann sich melden bei Grabant, Oranienstr. 37, 3 Tr. 1486L

Genosse (Schneider), welcher längere Zeit ohne Beschäftigung ist, sucht auf gute Fäden Arbeit. R. Teichmann, Andrastr. 59, bei Babyl.

Genosse (Schneider), welcher längere Zeit ohne Beschäftigung ist, sucht auf gute Fäden Arbeit. R. Teichmann, Andrastr. 59, bei Babyl.

Möbel-Magazin Otto & Slotawa. Tischlermeister. NW. 67. Bremerstr. 67. NW. Farg-Magazin und Beerdigungs-Comtoir.

Verantwortlicher Redakteur: R. Cronheim in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2. Hierzu eine Beilage

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Mühlhausen (Thüringen). Bei den am 9. d. M. statt- gehaltenen Gewerbegerichts-Wahlen errang die von der sozialdemokratischen Partei aufgestellte Liste der Arbeiter- beiziger einen glänzenden Sieg. Auf dieselbe fielen 882 Stimmen, während es die Gegner, Militärvereiner, Humanitätsvereiner und „Gottesfürchtige“, nur auf 115 Stimmen brachten.

Frankfurt a. M. Genosse Böllmann hat dieser Tage seine dreiwöchentliche Gefängnisstrafe angetreten. Dieselbe wurde über ihn verhängt, weil er bei einer Aufforderung an die Mühl- beiziger, die in ihren Wahlen herrschenden Unrechts- verhältnisse abzukämpfen, geäußert hatte, daß er, falls die Unrechtsverhältnisse nicht beseitigt würden, sie durch die Presse veröffentlichen würde.

Langenbieten. Der Redakteur vom „Proletarier“, Baginski, ist bekanntlich unter Anderem wegen Verleumdung des Bürgermeisters Majorke verurteilt worden. Seine Widerklage gegen letzteren war ohne Erfolg. Aus dem in dieser Sache ergangenen Gerichtsurteil sind folgende Stellen von Interesse:

Der Bürgermeister Majorke äußerte in der von ihm zu Neurode im katholischen Gesellenverein Ende Februar 1891 oder Anfang März 1891 gehaltenen Rede bezüglich der Sozial- demokraten folgendes:

Die Leute sehten Kinder in die Welt und könnten sie nicht ernähren. Sie ließen wie die Hunde zusammen und dann auseinander. Die Sozialdemokraten wollten die Sitt- lichkeit und Familie zerstören. Gerade Baginski und Kühn hätten gesagt, die Sozialdemokraten wollten die freie Liebe.

Nach Überzeugung des Schöffengerichts sind alle diese Neußerungen nur gegen die Partei der Sozialdemokratie, nicht aber gegen die Persönlichkeit von Kühn und Baginski gerichtet; letzterer ist auch, wie allgemein be- kannt ist, noch unverheiratet. Es muß gerade an dieser Unterscheidung zwischen Parteilehre und Lebensführung der einzelnen Parteigenossen festgehalten werden. Denn wie noch jetzt aus der geschichtlichen Thatsache, daß Cromwell und einige Mitglieder theils seiner Partei, theils des Parlaments von England einen Königsmord begingen, nicht das Recht ab- geleitet werden darf, alle Parteigänger des ursprüng- lich für seine Rechte kämpfenden Parlaments und des ur- sprünglich nur im Dienste des Parlaments und nur für dessen Rechte kämpfenden Generals Cromwell, namentlich die Abnen der noch jetzt hochgeachteten Whig-Geschlechter als Königsmörder zu bezeichnen, ebenso unzutreffend ist es, aus der gerichtskundigen sozialdemokratischen Lehre von der Notwendig- keit der Auflösung der bestehenden gesellschaftlichen und sittlichen Ordnung, namentlich der Ehe, gegen jeden einzelnen Sozial- demokraten den Vorwurf zu erheben, er lebe unethisch und greife die Heiligkeit der Ehe an. Ein derartiger Angriff gegen eine Partei, wie er vorstehend allein vorliegt, giebt auch nicht das Recht, den Angreifer persönlich anzugreifen. Nach Überzeugung des Schöffengerichts enthält ferner die erwiesene Neußerung des r. Majorke bezüglich des r. Baginski keine Verleumdung gegen diesen; läge sie aber vor, so würde dies den Angeklagten nicht strafrei machen, weil dessen Verleumdung erst nach einem längeren Zwischenraum und in einer Zeitung, also in voller und unbegrenzter Öffentlichkeit erfolgte, während die Neuße- rung des r. Majorke nur in einer Parteiverammlung ge- schah. Aus diesen Gründen wird die Anwendbarkeit der §§ 193 und 199 Str.-G.-B. verneint.

Auch gegen dieses Urteil ist Revision bereits angemeldet. Es ist wohl kaum zu bezweifeln, daß die Auffassung des Schöffengerichts für unrichtig erklärt werden wird.

Brannschweig. Verboten auf Grund des § 14 des Str. Vereinsgesetzes wurde eine Versammlung für Frauen und Männer, in welcher Frau Steinbach aus Hamburg über „Die gewerb- liche Frauenarbeit und ihre Bedeutung für die Arbeiterbewegung“ sprechen sollte. Der § 14 des Str. Vereinsgesetzes besagt, daß Frauenpersonen in öffentlichen Versammlungen, in wel- chen öffentliche Angelegenheiten verhandelt werden, nicht zu- lassen sind.

Wie tief ist doch in Deutschland, in dem angeblichen Lande der Denker, noch die Stellung der Frau! Und doch hat jeder Deutsche einmal eine Mutter gehabt, beim Gedächtnis an welche er angefaßt solcher Zustände er- zittern und den heiligen Vorfall lassen möchte, mit dazu nach allen Kräften beizutragen, daß der Frau dasselbe Recht wird wie dem Mann.

Die Freisinnigen haben sich bei dieser Gelegenheit wieder einmal unsterblich blamiert. Das freisinnige „Brann- schweiger Tageblatt“ meinte nämlich zu dem Versammlungsverbot: „So bleiben wir denn mit den sozialistischen Frauen-Versam- mlungen, wie sie in Berlin in Blüte stehen, glücklicher Weise ver- schont.“

Stendal. Ueber einen schier unglaublichen Fall von Störung einer Versammlung durch den überwachenden Beamten wird uns von hier ge- schrieben:

Am Sonntag fand hier eine Volksversammlung statt, in welcher nach einem Referat des Genossen Rohrlach über den Parteiprogramm-Entwurf folgende Resolution an- genommen wurde:

„Die Versammlung erklärt sich mit dem vom Parteivorstande vorgelegten Entwurf des Parteiprogramms einverstanden und er- wartet, daß etwaige kleine Mängel durch die Diskussion auf dem Parteitag zu Erfurt beseitigt werden. Ferner erklärt die heutige Versammlung sich mit der vom Parteivorstande verfolgten Taktik einverstanden und sieht im Parlamentarismus ein Mittel, um uns unsern Ziele näher zu bringen.“

Hierauf wurde Genosse Schade als Delegierter zum Erfurter Parteitag gewählt.

Als eine Resolution, welche sich ersiens gegen das Verhalten des Marxes Jorkant in Spange, weiter aber gegen das Verhalten des Polizei-Inspektors Richard in einer Versammlung des Stendaler Arbeitervereins richtete, verlesen wurde, wollte der überwachende Beamte — eben jener Polizeiinspektor Richard — die Abstim- mung nur über den ersten Teil der Resolution, Jorkant des- betreffend, gestatten. Bemerkte sei hier, daß das Verhalten des Herrn Richard insofern zur Beschwerde Anlaß gegeben hat, als derselbe in der betreffenden Versammlung die Hände auf den Tisch gelegt haben soll. Der Vorsitzende war der Meinung, daß wenn der Beamte sprechen wolle, derselbe sich bei ihm zum Wort zu melden habe. Daraus sprang der Polizei-Inspektor auf und er- klärte, die Polizei könne sprechen, wenn es ihr beliebt. Als der Vorsitzende Schade unter andauerndem Gebrauch der Glocke das weitere Einschreiten des Beamten zu verhindern suchte, forderte

dieser den zweiten Beamten auf, Schade so lange aus dem Saal zu führen, bis er mit Sprechen fertig sei, und wiederholte, als der Schuttmann den Genossen bis zur Mitte des Saales trans- portiert hatte, seine Rede. Sodann erklärte er, Schade könne nun wieder dableiben. Genosse Gregorje, der inzwischen den Vorsitz übernommen hatte, protestirte unter stürmischem Beifall gegen das Benehmen des Beamten, worauf dieser die Versammlung auflöste.

Rathenow. Eine von Männern wie von Frauen sehr stark besuchte Versammlung tagte am Montag Abend in der Walsalla. Genosse August Bebel hatte hierzu das Referat übernommen und referirte in äußerst packender und zündender Weise über „die Zeitverhältnisse und die Sozialdemokratie.“ War schon beim Eintritt Bebel's in den Saal Jubel ausgebrochen, so steigerte sich dieser Jubel nach Schluß des Vortrages zu einem wahren Sturm. Trotzdem viele Gegner anwesend waren, meldete sich bei der darauffolgenden Diskussion keiner derselben zum Wort. Die Versammlung, welche nach Tausenden zählte, wurde mit einem donnernden Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen. Unter dem Gesang der Arbeiter-Marschmarse ging man auseinander. Allen Theilnehmern werden die Worte Bebel's noch lange im Innern nachklingen.

In 400 M. Geldstrafe bzw. 40 Tagen Gefängniß wurde der Redakteur Gottlieb von der „Bremer Bürgerzeitung“ wegen eines Sprechsaal-Artikels verurtheilt, in welchem die Egl. Eisenbahn-Direktion zu Hannover angegriffen worden war. Außerdem hat er die Kosten des Verfahrens zu tragen. Der Direktion wurde das Recht der Urtheilspublikation zu- gesprochen.

Ausgelöst wurde in Frankfurt a. M. eine Ver- sammlung des sozialdemokratischen Vereins, als der Vor- sitzende, Bildhauer Fischer, dem überwachenden Polizeibeamten gegenüber, welcher einem Redner das Wort entzogen hatte, erklärte, dazu habe nur der Vorsitzende, nicht die Polizei, das Recht, Beschwerde wird eingelegt.

Markenkirchen. Von der Belästigung, die sich Sozialdemokraten von der Polizei gefallen lassen müssen, bringt das „Volks-Blatt“ ein Beispiel. Am Tage nach der Bürgervereins-Versammlung am Sonntag, den 30. August, vertheilten drei Genossen Tractschriften in Erzbach. Am 3. September kam an zwei derselben je ein Strafmandat über 10 M. wegen Verbreitung von Tractschriften ohne polizeiliche Erlaubniß bez. ohne Legitimation.“ Der Spah an der Sache ist der, daß der dritte Genosse, der kein Strafmandat erhalten hat, vom Gendarmen angehalten worden war und sich legitimirte, während die anderen beiden gar nicht angehalten, nach der Legitimation also auch nicht gefragt worden waren. Bemerkte sei noch, daß sie solche bei sich hatten. Selbstverständlich ist gerichtliche Entscheidung beantragt worden.

Danzig. In einer von Genossen Jerdanki hier ein- bernenen öffentlichen Malerversammlung, zu welcher auch andere Bauhandwerker zahlreich erschienen waren, hielt Genosse Kiepsch Berlin einen 1/2 stündigen Vortrag über die heutige Lage, wobei er die Lehren des Sozialismus gemeinverständlich darlegte. Eine Resolution Jerdanki's: „Die heute tagende Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet sich, für die Ver- breitung des Sozialismus mit aller Energie einzutreten, damit bald eine geregelte Produktionsweise an Stelle der jetzigen plan- losen eintrete,“ wurde einstimmig angenommen.

Kommunales.

Tageordnung für die Sitzung der Stadtverordneten- Versammlung am Donnerstag, den 17. September d. J., Nachmittags 5 Uhr. Zwei Naturalisationsgesuche. — Bericht- erstattung über die Vorlage, betr. die Abänderung der Fluchtlinien der Straßen 42a und 42c, sowie der Friedenstraße zwischen diesen beiden Straßen. — Beschl. über die Vorlage, betr. die Erwerbung der von dem Grundstück der Berliner Maschinenbau-Aktiengesellschaft zur Freilegung der verlängerten Fußsteinstreife und der Straße 88, Abtheilung IX, erforderlichen Flächen, sowie die Lösung der grundbuchlichen Eintragungen auf den zur Verlängerung der Wöhler- und der Pfugstraße bestimmten Vorzügen. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung, betr. die Einsetzung eines Ausschusses zur Vorbereitung der Neuwahl des zweiten Bürger- meisters. — Vorlage, betr. die Erbauung einer Kochküche bzw. die Erweiterung der Kochküche im städtischen Obdach. — Beschl., betr. den Bau des Nothauslöffels des Radialsystems XI unter den Gleisen der Stadtbahn. — Drei Rechnungen. — Sechs Unterstufungsachen. — Vorlage, betr. die Neuwahl eines Mit- gliedes der Miß-Graß-Kommission II. — Beschl. betr. den Ab- lauf der Wahlzeit der Zivilmitglieder der 1., 2., 4. und 5. Erbh.- Kommission.

Lokales.

Der Fachverein der Weber Berlins befindet sich be- kanntlich in Liquidation. Die zur Erledigung derselben eingesetzte Kommission hat ihre Arbeiten nunmehr beendet und folgende Bestände beschlufgemäß vertheilt: 102 M. 30 Pf., wovon je 1/2 = 51 M. 10 Pf. an den Zentralverband der Textilarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, die hiesige Filiale des ge- nannten Verbandes und deren Referendats fällt. Außerdem wurden dieser Filiale zugewiesen die gesammten aus 41 Bänden bestehende Bibliothek nebst einem Eintagebuch, einem Kassabuch und der 14 M. 25 Pf. betragenden Bibliothekskasse, ein Protokollbuch, ein Gesetzbuch, Kassenbücher (nämlich: Hauptbuch, Kontobuch, zwei Kladden), vier Stempel, ein Posten Statutenbuch, diverse Tanz- bänder, Arbeitshefte, ein Projektionsapparat, eine Zeitungsmappe mit Zeitungen, Vereinszeichen, die gesammten im Arbeitsnachweis befindlichen Gegenstände, als: Spind, Stempel, Schreibzeug, Briefkasten.

Gegen das leidige Voothschaufeln scheint es leider selbst dann kein Mittel zu geben, wenn durch diesen Unfug fremde, in dem Fahrzeuge befindliche Personen aufs Höchste geängstet und in Gefahr gebracht werden. Am Sonntag stieg ein Herr mit seinen drei jüngeren Kindern, die von einem Dienstmädchen begleitet wurden, an dem Haselufer bei Gatow in einen der dort zur Ueberrahrt nach Schildhorn bereit liegenden Kähne ein; er konnte und mochte nicht verhindern, daß noch weitere vier erwachsene Personen, zwei Damen und zwei Herren, an der Ueber- fahrt theilnahmen. Mitten auf dem Wasser gerieth die Bier in eine ungemein animirte Stimmung, begannen sich gegenseitig mit Wasser zu besprützen, wobei auch die anderen Insassen des Kähnes einen reichlichen Antheil abbekamen und als man sich schließlich die Ausdehnung dieses Vergnügens auf die Kinder verbat, begannen die Bier so arg mit dem Kähne zu schaukeln, daß das Dienstmädchen genöthigt war, die Kinder seihaupt-

um sie vor dem Hinausfliegen zu bewahren. Vergebens forderte der Vater der Kinder den Fahrmann auf, für Ruhe in dem Fahrzeuge zu sorgen; der Schiffer erklärte, er könne dazu nichts thun. Nunmehr ergriff der Vater einen an langer Stange be- festigten eisernen Haken und drohte, denselben ins Wasser zu stoßen, der es noch einmal wagen würde, das Boot zum Schaufeln zu bringen. Diese Drohung hatte wenigstens die Wirkung, daß das übermäßige Schaukeln eingestellt wurde und die Kinder sich beruhigten. Ein Gendarm, den der Vater nach einiger Zeit am Ufer traf und von dem Vorfalle Mittheilung machte, erklärte sich zwar bereit, den Fahrmann zur Anzeige zu bringen, sagte aber gleich hinzu, er glaube nicht, daß Etwas danach folgen würde.

Aus dem Nordlands Panorama in der Wilhelmstraße wird uns berichtet, daß daselbst mit der Art und Weise, wie der „Garderozwang“ gehandhabt wird, ein Unfug getrieben wird, der die schärfste Rüge verdient. Ein Jeder, der das Jusitit betritt, ob Männlein oder Fräulein, muß den Gegenstand, den er zu seinem Vergnügen oder zu seiner Stütze in der Hand trägt, ab- geben. Nun ließe sich dagegen, daß Schirme, Stöcke u. abge- geben werden müssen, nichts einwenden, wenn die entfernte Mög- lichkeit vorläge, daß durch dieselben irgend etwas Beschädigt werden könnte, andererseits müßten Schirme und Stöcke groß- aufbewahrt werden können, wie es in den Museen der Fall ist. Eine Beschädigung irgend einer Sache ist aber ausgeschlossen, da- man mehrere Meter von dem sogenannten Kunstwerk entfernt ist. Die Abgabe von 10 Pf. pro Stock oder Schirm kann also mit Zug und Recht gleich dem Eintrittsgeld zugerechnet werden.

Eine Rücksicht auf die Mutter büßte der 19 Jahre alte Arbeiter Ferdinand Herrmann in der verwichenen Nacht mit dem Tode. Derselbe, ein durchaus solider Mann, hatte sich im Kreise guter Freunde veripäet und lehrte erst gegen ein Uhr nach der im zweiten Stockwerk des Hauses Unterwasserstr. 7 belegenen Wohnung seiner Mutter zurück. Um nun einerseits diese im Schlafe nicht zu stören, andererseits auch wohl um Vorwürfen wegen des späten Eintreffens zu entgehen, öffnete er das Flur- fenster, um von außen in das offen stehende Küchenfenster zu klopfen und auf diese Weise seine Kammer unbemerkt zu erreichen. Hierbei verlor er das Gleichgewicht und stürzte auf den ge- spalteten Hof hinab, woselbst er völlig zerschmettert liegen blieb.

Nach einer Drahtmeldung des „D. V. S.“ aus New- York ist dort der aus Berlin sächlich gewordene Beamte der Hypotheken-Versicherungs-Aktiengesellschaft, Ernst Wolf, an Bord des Dampfers „Saale“ verhaftet worden. Er war unter dem Namen „Fritz Hildebrandt“ in die Liste der Passagiere ein- getragenen. Man fand 12 000 M. bei ihm vor. Auf die Mit- theilung des ihn verhaftenden Polizeisten, daß er wegen Unter- schlagung bedeutender Summen verfolgt werde, ersuchte er um Rückgabe seines Revolvers, damit er sich tödten könnte, ein Ge- such, dem natürlich keine Folge gegeben wurde. Er soll bei seiner Verhaftung wie ein Kind geweint haben. Noch heute sollte Wolf vor einen amerikanischen Richter geführt werden.

50 Mark Findexohn wird in hiesigen Blättern Dem- jenen zugesichert, der den „spurlos verschwundenen“ Adels- hofes Verschönerungsverein ansindig macht!

„Sozialdemokratische Muckerei“ hat es die „freisinnige“ Presse genannt, daß ein kleiner Kreis von Genossinnen und Ge- nossen eine Agitation zur Hebung der Lage der Kellerinnen in die Hand nahm und dabei auch dem von den Häuten gewünschten und von den Dirthen begünstigten unethischen Treiben in den „Damenkueipen“ zu Leibe ging. Die Sozialdemokratie, welche man, begibt sich mit dieser Bewegung auf die Bahnen der „Ber- liner Stadtmiffion“ und des „Berliner Männerbundes“. Es wurde über die Kellerinnenbewegung in „freisinnigen“ Kreisen öffentlich ebenso gespöttelt, wie in denselben Kreisen privatim über den Kampf der Sozialdemokratie gegen die Prostitution ge- spöttelt wird.

Diese Beurtheilung der Sittlichkeitsbestrebungen der Sozial- demokratie, wie sich „freisinnige“ Blätter auszudrücken beliebten, zeugt von großer Gedankenlosigkeit. Daß wir der „Stadtmiffion“ und dem „Männerbund“ nicht sympathisch gegenüberstehen, haben wir oft genug ausgesprochen. Daß der „Männerbund“ unsere Agitation keineswegs als Unterthaltung seiner Selbstregungen an- sieht, beweist die Haltung seines offiziellen Organs „Korrespondenz- blatt zur Bekämpfung der öffentlichen Sittlosigkeit“. Schon daraus läßt sich auf einen tiefgehenden Unterschied der Motive schließen, aus denen der „Männerbund“ und die Sozialdemo- kratie das Treiben in den „Damenkueipen“ und die Prostitution bekämpfen.

Sie thun es zwar beide aus „sittlichen“ Gründen, — aber unter „Sittlichkeit“ läßt sich etwas sehr Verschiedenes ver- stehen. Die Freunde des „Männerbundes“ finden es über h a u p t „unethisch“, daß ein Gast mit einer Kellerin vertraulich wird, daß diese bei ihm sitzt, mit ihm auf seine Kosten zecht und ihn gleichfalls zum Zechen „animirt“. Sie halten es sogar schon für „unethisch“, daß überhaupt weibliche Personen in Kneipen be- dienen dürfen. Wir wenden uns nur dagegen, daß die Kellerin zu diesem Treiben gezwungen wird, daß der Gast den Wirth durch die Zechen und die Kellerin durch das Trinkgeld dafür bezahlt und sich daher für berechtigt hält, die Ver- traulichkeit der Kellerin zu verlangen. Wir bekämpfen das Kellerinnenwesen, wie die Prostitution wegen der auch hier hervortretenden Spuren der kapitalistischen Gesellschafts- ordnung. Auch hier zeigt es sich, daß der Besitzende sich für Geld alles verschaffen kann und daß der Besitzlose, der von jenem nur als Werkzeug angesehen wird, ihm das Falsch zu er- leichtern und das Leben angenehm zu machen, einfach herhalten muß. Wir wenden uns dagegen, daß der Besitzlose sich dem Be- sitzenden mit allem, was er hat, Arbeitskraft, Gesundheit, Leben und Ehre, verkaufen muß. Das ist schon an sich unethisch, — „unethisch“ nach unserer Begriffe — der Gipfel der Unethiklichkeit wird aber erreicht, wenn der Besitzlose dem Besitzenden für Geld das Leben muß, was nur aus freiem Willen und aus einem natürlichen Bedürfnis heraus geleistet werden dürfte. Jede Verletzung des Naturgesetzes ist unethisch.

Warum wir erst jetzt auf den Vorwurf der „Muckerei“ zurückkommen? Weil in den letzten Tagen die „freisinnige“ Presse mit einem Male ihre Stellung zur Kellerinnenbewegung geändert hat, nachdem sich nun auch der Vorstand der Orts- druckerkasse für das Gastwirthsgebeten im Einverständnis mit dem „Verein Berliner Gastwirthe“ und dem „Verein Berliner Weibierwirthe“ gegen das Kellerinnenwesen erklärt und bei der Polizei um Abhilfe gebeten hat. Das ist bezeichnend für das Wesen dieser Presse. Sie bekämpft Alles, was von der Sozial- demokratie ausgeht, — eben weil es von ihr ausgeht. Sobald aber von anderer Seite dasselbe geschieht, tritt sie dafür ein, und wenn gar noch die hohe Polizei sich dafür zu interessieren anfängt, dann wird sie vollends Feuer und Flamme. Die sozial- demokratischen Genossinnen und Genossen, welche den Kellerinnen ihre Unterstützung leihen, werden sich aus der plötzlichen Theil- nahme der Wirths, der Polizei und der „freisinnigen“ Presse jetzt ebenso wenig machen, wie sie sich früher aus der ablehnenden Haltung dieser selben Elemente und aus dem Vorwurf der „Muckerei“ gemacht haben.

Auf der Wannsee-Bahn tritt mit der Eröffnung des neuen Wannsee-Bahnhofs auf dem Potsdamer Bahnhof mit dem 1. Oktober ein neuer Fahrplan in Kraft. Der Betrieb beginnt mit dem ersten Zuge früh 5 Uhr ab Berlin, dem dann alle 20 Minuten — zur vollen Stunde, sowie 20 und 40 Minuten nach voll — Züge folgen bis Abends 11 Uhr. Dann folgt 40 Minutenbetrieß: 11,40, 12,20 und 1 Uhr Nachts. In den Hauptverkehrszeiten tritt dagegen der 10 Minutenbetrieß ein und zwar in den Stunden ab Berlin früh von 6 bis 8, Mittags von 12,20 bis 2,20 und Abends von 4,40 bis 6,40. Dieser 10- und 20-Minutenbetrieß findet indessen nur auf der Strecke der Wannsee-Bahn von Berlin bis Zehlendorf statt. Die weitere Strecke über Schlachtensee, Wannsee, Neubabelsberg und Neuenhagen bis Potsdam erhält stündlichen Betrieb, dergestalt, daß die vierzig Minuten nach den vollen Stunden von Berlin abgehenden Züge bis Potsdam durchfahren. Von Potsdam findet die Rückfahrt je 48 Minuten nach der vollen Stunde statt; von Zehlendorf bei dem 20 Minuten-Betrieß je 11, 31 und 51 Minuten nach voll, beim 10 Minuten-Betrieß früh von 6,31 bis 8,31, Mittags von 12,31 bis 2,31 und Abends von 5,11 bis 7,11. Daß außerdem auf der Hauptbahn noch stündlich durchfahrende Züge zwischen Berlin und Potsdam verkehren, wurde schon früher mitgeteilt. Die Stationen Wannsee, Neubabelsberg, Neuenhagen und Potsdam behalten ihren Zugverkehr mit Charlottenburg und der Stadtbahn wie bisher. Die Fahrgegeschwindigkeit der Züge auf der Wannsee-Bahn wird gegen die bisherige Geschwindigkeit nicht unerheblich vermehrt werden. So wird die Strecke Berlin-Zehlendorf, welche bei den allen Stationen haltenden Zügen gegenwärtig 27 Minuten in Anspruch nimmt, künftig in 22 Minuten zurückgelegt werden, und Wannsee, für welches die Fahrzeit bei denselben Zügen jetzt 40 Minuten beträgt, wird man in 31 Minuten erreichen. — Im Ganzen werden vom 1. Oktober ab, wie das Eisenbahn-Betriebsamt Magdeburg vor kurzem dem Potsdamer Magistrat mittheilt, 116 Züge täglich die Verbindung von Berlin nach Potsdam und zurück vermitteln.

Die wurmförmige Moral unserer Bourgeois kommt bei jeder Gelegenheit zum Vorschein, bei der irgendwo eine Citrone auf dem fischen Gesellschaftstische zum Aufplatzen gelangt. Auch jetzt, während der Defraudations-epidemien in den Bankgeschäften kann man ganz entzückend die Blasen in den Bourgeoisblättern begegnen. So schreibt eine nur in Kapitalistenkreisen gelebte Wochenchrift zu diesem Thema Folgendes:

Man wird sich nicht zu wundern brauchen, wenn die Zahl der Bankdefraudationen noch weiter anwächst. Denn dieselben werden nicht ad hoc unternommen, sondern sie sind die Folge eines weit verbreiteten Systems der Spekulation der Bankbeamten. Der die Gehälter dieser Leute kennt und Gelegenheit hat, einen Blick in das Leben derselben zu thun, der kann sich oft nur staunen fragen, wie es möglich sei, Einnahmen und Ausgaben in Uebereinstimmung zu erhalten. Die Spekulation an der Börse hat seit Jahren alles gedeckt, sie war durchweg erfolgreich, denn die Kurse stiegen unaufgeklärt. So lange dies der Fall war, brauchten die spekulierenden Beamten auch nicht zu Unredlichkeiten ihre Lust zu nehmen, und diejenigen, welche den Anschwung rechtzeitig begriffen und sich „gedreht“ haben, können heute noch stolz einhergehen. Andere aber haben den eingetretenen Rückschlag für eine vorübergehende Abschwächung gehalten, sie haben ihre Hausspekulation fortgesetzt, angeklagt der eingetretenen Verluste wohl gar vergrößert, die Differenzen wachsen bald über die eigene Leistungsfähigkeit hinaus, und in der Hoffnung auf eine glückliche Wendung erfolgte der erste Griff in die fremde Kasse — zunächst in der Absicht des Erfolges in kürzester Frist. Aber die optimistischen Erwartungen schlugen wiederum fehl, und nachdem man sich doch verloren fühlt, erlischt man die einzige Möglichkeit der Rettung in der Fortsetzung und Vergrößerung der Spekulation, natürlich mittelst ferneren Diebstahls. Vielleicht hat diese fraudulöse Spekulation einen erheblichen Antheil an dem erstaunlichen Umfang des Börsengeschäfts, wie dasselbe im Ergebnis der Umfassener bis in die neueste Zeit in die Erscheinung getreten ist.

Das Blatt kennt den Kreditschaden unserer Gesellschaft aus dem „H“. Es weiß ganz genau, daß es eine große Anzahl von Bankgeschäften gibt, die direkt auf die Klientele der Bankangestellten hin gegründet sind. Das heißt mit anderen Worten, daß es Geschäfte gibt, die die Angestellten von Banken durch leichtsinnige Kreditgewährung direkt zum Spekulieren anstimmen. Und da diese Angestellten hinwiederum ihre Börsenoperationen auf Grund ihrer Kenntniss von Geschäftsgeheimnissen unternehmen, so wird nicht nur die Spekulationswuth, sondern auch die Immoralität gezüchtet. Das Alles wird von unseren Kapitalistenorganen in einem so naiven Tone vorgebracht, als handle es sich um die selbstverständlichen Dinge von der Welt. „So lange die Kurse steigen“, bricht es, „brauchen die Bankommiss nicht zu stehlen“, denn die Börse deckt ja Alles, was die jungen Herren für ihren ausschweifenden Lebenswandel benötigen. Auch die, welche den Anschwung der Börsentendenz rechtzeitig begriffen haben, können noch stolz das Haupt erheben. Die Anderen erst sind es, welche zum Diebstahl ihre Lust nehmen müssen. Das Blatt geht bei diesem Gedankengang also von der Voraussetzung aus, daß die Bankbeamten unbedingt ein Einkommen haben müssen, das ihnen das jetzige präventive gedehnte Ausstreuen auf den Boulevarde und bei den Rennen gestattet. So ganz Unrecht ist diese Anschauung nun allerdings nicht. Nur wer die Mittel hat, ein solches Paschaleben zu führen, kann sicher sein, die gut dotirten Stellen bei den Banken zu erhalten. Die Gesellschaft selbst ist es, welche den Eigenknecht bei unseren Bankbeamten erzeugt und dadurch den Grund zu einer schiefen Moral legt. Wenn dann aber die ganz gemeinen Gaunereien dieser Modernen zulässig einmal aus Tageslicht kommen, dann entkräftet sich eben diese Gesellschaft bis in die Fußspitzen. Die Durchstechereien selber sind ihr bekannt und schaden auch nichts. Nur erlassen muß man sich nicht lassen, wenn der Moment gerade ungünstig ist, d. h. wenn die Spekulation fehlgeschlagen und ein Defizit in die Kasse — des Prinzipals gerissen hat. Der typische Charakter der Defraudationen wird also zugegeben. Dagegen hat Niemand etwas einzuwenden. Nur greifen sollen sich die Diebe nicht lassen. Bei solcher Moral darf man sich wahrlich nicht wundern, wenn die Unterschlagungen öffentlicher Gelder epidemisch werden. Es ist dieselbe Atmosphäre, in der auch die Baare und Windelmann gedeihen mußten.

Einem Betrüger ist eine betrathelungswürdige Wittve zum Opfer gefallen. In hiesigen Blättern erschien die Annonce:

„Ein königlicher Beamter, Wittwer mit einem siebenjährigen Kinde und einem jährlichen Einkommen von 2400 M. wünscht sich wieder zu verheirathen.“

Daraufhin meldete sich eine Beamtenwittve aus Charlottenburg. Kurz darauf stellte sich denn auch der Inhaber vor, gab sich für den Bahnen- und Dammmeister Franz Schmidt aus Landsberg a. M. aus und sagte hinzu, daß er sofort heirathen müsse, da er seine Wittwenschaft wegen eines Diebstahls verlassen habe. Drei Tage später erschien der Heirathskandidat wieder, erzählte, daß er beim Billardspiel 50 M. verloren, nun aber eine Rechnung über 50 M. bei dem Weinhändler Oswald hier zu begleichen habe. Er erhielt von seiner Braut diese Summe, nachdem er noch wie zufällig erwähnt habe, daß er von einem Schiffskapitän einen Brillanten erhalten habe, weil sein Hund dem Seemann das Leben gerettet. Diesen Diamanten werde er seiner Verlobten in ihren früheren Trauring setzen lassen. Die Dame gab auch den Ring her und schenkte auch gleich noch einen zweiten als Verlobungsring. Seitdem ist der Herr Bahnenmeister spurlos verschwunden. Der Betrüger ist 40 Jahre alt, von untersehter Gestalt, hat ein wettergebräuntes Gesicht, blonden Schnurrbart, dunkles Haar, plumpen Gang und auffallend behaarte Hände. Es fehlen ihm drei obere Vorderzähne.

Vollzeigericht. Am 14. d. M. Morgens sprang vor dem Hause No. 20 eine Frau von einem in der Fahrt befindlichen Pferdebahn-Wagen, fiel zur Erde und erlitt hierbei einen Bruch des linken Oberschenkels, so daß sie nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht werden mußte. — Im Thiergarten, auf dem Spielplatz an der großen Luer-Allee, wurde Vormittags ein Maler-gehilfe auf der Erde liegend tot aufgefunden. Derselbe hat sich mittelst Aesessahes vergiftet. — Nachmittags wurde in der verlängerten Grenzstraße am Gesundbrunnen ein unbekannter, etwa 30 Jahre alter Mann, krank auf dem Bürgersteige liegend, aufgefunden und nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht. — In derselben Zeit wurde ein Bureaugehilfe, als er vor dem Hause Holzmarktstraße 2 einen in der Fahrt befindlichen Pferdebahn-Wagen besteigen wollte, von einem vorüberkommenden Möbelwagen erfaßt und überfahren und erlitt hierbei anscheinend so schwere innere Verletzungen, daß er nach dem Krankenhaus am Friedrichsbain gebracht werden mußte. — Vor dem Hause Eldenerstr. 6 wurde Abends ein obdachloser Mann, augenscheinlich krank, auf dem Bürgersteige liegend, aufgefunden und nach dem Krankenhaus am Friedrichsbain gebracht. — Am 15. d. M. der Arbeiter Herrmann auf dem Dache des Hauses Unterwasserstr. 7 verfiel, von einem Fenster in das andere zu steigen, stürzte er auf die Straße hinab und verlor auf der Stelle. — Am 14. d. M. Abends entstand in einem Bodenraume des Hauses Friedenstraße 12 ein unbedeutendes Feuer. In ihrer Angst hatte die im 5. Stockwerke wohnende unverheiratete Rosa eine Glaspendelthür eingeschlagen, und sich hierbei eine so bedeutende Verletzung an der rechten Hand zugezogen, daß ihr zunächst von den Samaritern der Feuerwehrt ein Verband angelegt werden und sie sich später in ärztliche Behandlung begeben mußte. Außerdem fanden noch an zwei Stellen kleine Feuer statt.

Gerichts-Beitrag.

„Doch“ oder „noch“. Von diesen beiden kleinen Worten hing das Schicksal des Wadwärters Wilhelm Schiller ab, welcher gestern vor der Berufs- und Strafkammer des Landgerichts I stand. Schiller war vom Schöffengerichte wegen versuchten Diebstahls zu drei Tagen Gefängnis verurtheilt worden. Er hatte Berufung eingelegt. In einer Dezembernacht war der Angeklagte von einem Kollegen in einem Güterwagen betroffen worden, der auf dem Geleise neben der Central-Markthalle stand. Schiller stand vor einem offenen Saal mit Kesseln. Sein Kollege beschuldigte ihn direkt des versuchten Diebstahls, worauf Schiller in höchster Verlegenheit die Worte gesagt haben soll: „Nehmen Sie nur keine Geschichten, ich habe doch nichts!“ Der Lademeister befandete vor dem Schöffengericht, daß er den Angeklagten nach dem Wagen geschickt habe, um sich zu überzeugen, daß derselbe geschlossen sei. Schiller habe nicht nötig gehabt, das Innere des Wagens zu betreten. In der Berufungssitzung führte der Vertheidiger, Rechtsanwalt Sachs, aus, daß das erste Urtheil in doppelter Beziehung anfechtbar sei. Selbst wenn zu Ungunsten des Angeklagten angenommen werden sollte, daß derselbe sich von dem Kesseln habe aneignen wollen, so liege immer noch kein versuchter Diebstahl, sondern nur Entwendung von Nahrungsmitteln vor und ein Verbruch dieser Uebertretung sei nicht strafbar. Außerdem habe der Angeklagte, als er von seinem Kollegen beschuldigt wurde, gesagt: „Nehmen Sie nur keine Geschichten, ich habe doch“ nichts. Dadurch erhalte die Neuerung einen ganz anderen und völlig unverständlichen Sinn. Da der Belastungszeuge mit Bestimmtheit nicht angeben vermochte, ob der Angeklagte „doch“ oder „noch“ gesagt habe, so entschlöss sich der Gerichtshof zu der für den Beschuldigten günstigeren Auffassung und fällt unter Aufhebung des ersten Urtheils ein freisprechendes Erkenntnis.

Als ein Opfer des Totalitators stellte sich der Buchhalter Adolf Wächter hin, welcher gestern wegen verschiedener Straftathen der zweiten Section der Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt wurde. Wächter hatte im Monopol-Hotel eine ordnungsmäßige Stellung inne. Es waren ihm verschiedene Kassen des Hotels anvertraut und hatte er auch die von den Reisenden abgegebenen Gelder in Verwahrung zu nehmen. Er will durch flehigen Besuch der Armplage und durch Vertheilung an hohen Werten in eine mißliche Lage gerathen sein und Spielschulden gemacht haben. Um diese zu decken, unterschlug er einmal 1200 M. und ein zweites Mal 500 Rubel, die eine russische Dame zur Aufbewahrung gegeben. Als die Entdeckung unvermeidlich war, wurde er flüchtig. Außerdem bemog er den Bedienten, dem er Scheine auf bestellte Speisen für sich selbst gegeben hatte, ihm die Wens wieder herauszugeben, er vernichtete dieselben und prellte so die Hotellasse um die Beträge. Bei Durchsuchung der von ihm zurückgelassenen Effecten fand man Loose auswärtiger Lotterien und hatte er sich dadurch auch eines Vergehens gegen das Lotteriegesez schuldig gemacht. Trotz dem der Schaden von der Familie des Angeklagten wieder ausgeglichen worden ist, erkannte der Gerichtshof doch mit Rücksicht auf den großen Vertrauensbruch auf eine Gefängnisstrafe von neun Monaten und 20 M. für das Lotterievergehen.

Das die Einrichtung unserer Schöffengerichte der Verbesserung dringend bedürftig ist, beweist folgendes Vorkommnis: Am verflohenen Freitag wies der Terminetzel der 96. Abtheilung des Schöffengerichts gegen 50 Anklagesachen auf. Es handelte sich um Uebertretungen, die Angeklagten hatten auf das ihnen von Polizeiwegen zugestellte Straßmand richterliche Entscheidung beantragt und ist in solchen Fällen meist immer eine Bewerbsaufnahme nötig. Es wimmelte auf dem Platz von Angeklagten und Zeugen. Der Richter war zur Stelle, nicht so einer der Schöffen, der Schlächtermeister S. Vergebens rief der Gerichtsdienner ihn von je fünf in fünf Minuten auf. Das Publikum wartete, nicht gerade geduldig, denn so Mancher veräumte irgend ein wichtiges Geschäft. Es wurde 10 1/2 Uhr, um 9 Uhr sollte die Sitzung ihren Anfang nehmen. Nun schien man es aufgegeben zu haben, auf den Schöffen zu warten, ein Gerichtsdienner wurde fortgeschickt, um einen Hülfsschöffen zu holen. Das Publikum harrte, es wurde eine dringende Falle auf dem Korridor. Gegen zwölf Uhr kehrte der Gerichtsdienner schweißtriefend zurück — ohne Schöffen; bei sechs in der Liste der Hülfsschöffen verzeichneten Bürgern war er gewesen, ohne einen einzigen zu Hause treffen. Nun blieb weiter nichts übrig, als sämtliche Termine zu vertagen. Der ohne Entschuldigung ausgebliebene Schöffe wurde verurtheilt, sämtliche Kosten zu tragen und diese waren bei der Menge der erschienenen Zeugen nicht gering. Wenn derselbe nun nachträglich nachweist, daß er durch irgend ein unvorhergesehenes Hindernis außer Stand gesetzt wurde, zu erscheinen, so wird ihm die Strafe abgenommen und die Kosten werden der Staatskasse auferlegt werden.

Soziale Ueberblick.

Breslau. In der Steinnußknopf-Fabrik von J. Löwensohn sollten die Löhne nach dem Bericht der „Vollswacht“ um 20 pCt. reduziert werden, trotzdem dieselben schon so wie so niedrig genug waren. Das Personal legte darauf einmüthig die Arbeit nieder und erreichte dadurch, daß die Geschäftsleitung von der Lohnreduktion abstand, ja hier und da noch eine kleine Lohnhöhung eintreten ließ.

Die Möbelschreiner Chicagos sind im Aufstande. Sie fordern den Achtstundentag, Abschaffung der Stückarbeit und einen Minimallohn von 25 Cents per Stunde. Ueber den Minimallohn sind sie jedoch zu Unterhandlungen bereit; sie wollen, wenn eine Fabrik bisher bedeutend weniger zahlte, eventuell bis auf 21 und 20 Cents herabgehen. Laut dem „Philadelphia Tageblatt“ vom 4. September haben über die Hälfte der Streitenden die Forderungen bewilligt bekommen. —

Die Chicagoer Möbelschreiner sind in fünf Unionen, eine deutsche, böhmische, polnische, skandinavische und englische, organisiert, welche zusammen 1400 Mitglieder zählen. Der Lohn war in den letzten Jahren von 20 Cents pro Stunde stellenweise bis auf 12 Cents gesunken.

53 Fabrikanten etc. der Stadt Neuzen haben, wie der „Vollswacht“ jetzt erfährt, am 10. Mai 1890 folgendes Protokoll unterschrieben, in welchem es heißt:

„Die versammelten Arbeitgeber beschließen, Stellung zu nehmen gegen die Ansprüche der Arbeiter auf höheren Lohn, längere Arbeitszeit etc.“

Ueber die Art und Weise, wie dem entgegenzutreten ist, wird seitens der Anwesenden beschlossen und folgender Vertrag gemacht:

1. Eine Vereinigung der Arbeitgeber für Neuzen und Umgegend wird gegründet.

2. Wahl eines geschäftsführenden Vorstandes von 10 Mitgliedern mit dem Rechte der Kooptirung. Der Vorstand wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden, einen Stellvertreter, außerdem einen besoldeten Schriftführer.

Als Mitglieder des Vorstandes werden gewählt:

Herr Theodor Beder, Direktor Markwort, Otto Wendlandt, F. Busch, Oekonomierath Beder, G. Penner, Fritz Ginge, Maurermeister Müller, Oberförster Wipberg, S. Krause, Emmendorf.

3. Jedes Mitglied zahlt für jeden ständig beschäftigten Arbeiter 50 Pfennige Beitrag zur Kasse. Eine gleiche Summe kann der Vorstand einfordern, wenn der Kassenbestand erschöpft ist.

4. Die Vereinigung verfolgt den Zweck, willkürlichen und unberechtigten Forderungen der Arbeiter gemeinsam entgegenzutreten.

5. Arbeiter, welche vom 19. Mai ab die Arbeit nicht antreten oder dieselbe vorzeitig verlassen oder zu den bisherigen Bedingungen nicht weiter arbeiten wollen, sind unter Beobachtung der verabredeten Kündigungsfrist sofort zu entlassen und dem Vorstande anzuzeigen. Diese Arbeiter werden in einer Liste sämtlichen Mitgliedern der Arbeitgeber-Vereinigung bekannt gegeben und dürfen nicht wieder in Arbeit genommen werden, selbst wenn sie zu den bisherigen Löhnen weiter arbeiten wollen. Diese Sperre kann für die fraglichen Arbeiter auf Antrag des Arbeitgebers nach Beschluß des Vorstandes wieder aufgehoben werden.

Zwiderhandlungen seitens der Arbeitgeber werden nach Beschluß des Vorstandes mit einer Konventionalstrafe nach Art. 6 dieser Vereinbarung für jeden einzelnen Fall bestraft.

Diese Konventionalstrafe beträgt für jeden Fall der Zwiderhandlung 100 M.

Unterschiedet wurde jene Verurtheilung von folgenden Unternehmern Neuzen:

G. Greer Maas, Fr. Busch, F. Wittke, F. D. Dinkel, Ernst Beder, Behrmann, G. Voges, Aktien-Zuckerfabrik (Markwort), F. Klappenbock, A. G. Wendland jun., J. Geisel, Th. Beder, Gerhard Beder, Georg Wendland, Wittve, Georg Paul, G. Wessberg, W. Denker, J. G. Kläber, Gebrüder Plant, Heinrich Wendlandt, Wittve, Heinrich Krause, J. Beint, G. Jesse u. Sohn, v. Wilhelm Busch, Bauer, A. Balogh, Gustav (Kaiser), Johann Seifberg jun., G. Meyer, Meier, A. G. Stender, J. Habau, N. A. Rabusen, G. W. Krehmann, H. Landahn, J. F. G. Bartel, A. Hönneburg, F. Heibel, G. S. Schulz, W. Dencke, W. Hartwig, G. Schmitt, Zimmermeister, Aug. Lude, G. Staackmann, H. Bach, Rebenbeck, F. Wienenke, G. Mägge, Ad. Doerfermann, F. Brechtann, F. Meyer, L. Hoerermann, J. Schulze, L. Hünede, J. F. Wogener, L. Wuntern.

Natürlich haben die meisten Leute, welche diese Berufs-erklärung abgaben, diskutirt und unterzeichnet, keine Ahnung, welche diese Saat sie dadurch unter dem Proletariat ausstreuen. Und diese Saat wird dereinst aufgehen, wenn nicht den in ihrer Eizität durch solche Berufs-erklärungen aufs ernstlichste bedrohten Arbeiter die Benutzung wird, daß die betreffenden Unternehmer so hart bestraft werden, wie sie es verdienen. Man spürt nicht ungestraft mit den Arbeitern und deren Familien. Sache einer weisen Regierung wäre es, dem schandvollen Gebahren solcher Unternehmer mit unerbittlicher Schärfe entgegenzutreten. Doch wir wissen schon, wie predigen tonen Ohren. So bleibt der Arbeiterschaft nur das mäßsame Mittel der Organisation.

Die Leipziger Arbeiter und Arbeiterinnen der Kleidungsindustrie ersuchen die Hamburger Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, den bekannten Organisationsentwurf nach folgenden Gesichtspunkten abzuändern: 1. Daß die Grundlage der gesammten Gewerkschaftsorganisation der Zentralverein der verordneten Berufsstände sei. 2. Den Lokalvereinen auch an solchen Orten, wo gesetzliche Hindernisse den direkten Anschluß an die Zentralisation erschweren sollten, weniger Gewicht beizulegen, sondern nur den Anschluß durch Vermittelung von Vertrauensleuten zu befürworten. 3. Bei den Aufgaben der Zentralvereine auch einen Passus anzufügen, wonach wegen agitatorischer Thätigkeit gemapregelte und in außergewöhnliche, unverschuldete Noth gerathene Mitglieder unterthätig werden können. 4. Die Unionen als die maßgebenden und bestimmenden Faktoren einzugehen und allein zu betrachten, von der Bildung einer Generalkommission daher Abstand zu nehmen und nur zur Beforgung der Geschäfte der Unionen einen sogenannten Sekretär auf dem kommenden Gewerkschaftskongress zu ernennen, welcher in seinen Arbeiten von den Unionvertretern unterthätig werden soll. 5. Sämtliche Zentralvereine unbedingt zu veranlassen, bei der Neubildung einer Union beizutreten und dabei den Satz, daß die keiner Union angehörenden Zentralvereine zwei Prozent ihrer Einnahme direkt an die Zeitung abzugeben haben, zu freizugehen. 6. Daß unbedingte Stellung zu dem Vertrauensmänner und Gewerkschaftsstatute eingenommen werde, um finanziell schädigende Doppelinstitute und Einrichtungen in Zukunft zu vermeiden.

Dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Ueber die Kontrollmarke für Schuhwaaren berichtet das „Hamburger Echo“: Bekanntlich sind von der Erfurter Gewerkschafts-Schuhmacherei Kontrollmarken für ihre Waaren zur Ausgabe gelangt, welche jedem Käufer zeigen, daß diese Waaren in einer Werkstat angefertigt sind, wo den Arbeitern verhältnismäßig anständige Preise gezahlt werden und sie nicht unter prozenthafter Behaudlung zu leiden haben. Nun ist aber die Erfurter Schuhfabrik nicht in der Lage, den Bedarf an Waaren in den größeren Städten auch nur annähernd zu decken. Zu Händler mit solchen Waaren sind hier und in Hamburg sehr viele vorhanden. Diese haben sich nun an den Erfurter Gewerkschafts-Verein der Schuhmacher mit dem Ersuchen gewandt, diese sollten für den hiesigen Platz ebenfalls Kontrollmarken einführen und sie den Werkstateninhabern zugänglich machen, welche zu den von den Vereinen anerkannten Bedingungen arbeiten lassen. Dies Ansuchen ist von den Hochvereinen aber abgelehnt worden. Doch hat man im Altonaer Verein den Beschluß gefaßt, dem Verbandsvorstand die Frage zur Begutachtung zu unterbreiten, ob sich die Einführung einer einheitlichen Marke für ganz Deutschland nicht empfehlen würde.

In der Sitzung des Gewerkschafts-Vereins in Altona (Saar-Revier) am 8. September stand auf der Tagesordnung die Wiedereinstellung oder gemapregelte Vergrößerung der Vergütung der Arbeiter in den Gewerkschaften. Die Bergmanns Zeitung „Schlagel“

